



Teilzeit schafft Armut

Sozialwahlen
2023
Jetzt wählen!

Gedächtnisschrift für Renate Oxenknecht-Witzsch

Eder / Fey / Jousen (Hrsg.)

Kirchliches Arbeitsrecht Aufbruch durch Wagnis

Prof. Dr. Renate Oxenknecht-Witzsch ist am 27. November 2022 verstorben. Zu ihren Ehren wurde diese Gedächtnisschrift verfasst und auf der 25. Fachtagung zum kirchlichen Arbeitsrecht in Eichstätt vorgestellt.

Damit würdigen die Herausgeber sowie der KETTELER-Verlag die Lebensleistung von Renate Oxenknecht-Witzsch und ihr hohes Engagement für das kirchliche Mitarbeitervertretungsrecht.

Viele namhafte Autorinnen und Autoren haben zu wichtigen Fragestellungen des kirchlichen Arbeitsrechts Beiträge für diese Gedächtnisschrift verfasst. Das Inhaltsverzeichnis finden Sie unter www.ketteler-verlag.de.

Erschienen 06.03.2023, 304 Seiten, 21 x 14,8 cm
ISBN 978-3-944427-47-8
Bestell-Nr. GS2023 • € 39,90



Infos und Bestellung:
www.ketteler-verlag.de

Informieren Sie sich oder bestellen Sie einfach online unter www.ketteler-verlag.de oder rufen Sie uns an, wir beraten Sie gerne!

KETTELER-Verlag GmbH, Niederlassung Waldmünchen, Schloßhof 1, 93449 Waldmünchen
Tel: 09972/9414-51, Fax: 09972/9414-55, kontakt@ketteler-verlag.de

Stand 03/2023

VORWORT



Matthias Rabbe

Liebe Leserinnen und Leser,

noch bis zum 31. Mai besteht für Sie die Möglichkeit Ihre Stimme bei den Sozialwahlen abzugeben. Die oft diskreditierte Wahl ist dennoch die drittgrößte Wahl in Deutschland. 52 Millionen Versicherte sind aufgerufen, die Gremien in der Kranken- und Rentenversicherung sowie den Berufsgenossenschaften zu wählen. Auch die Kandidatinnen und Kandidaten der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmer-Organisationen (ACA) sind angetreten „das Gemeinwohl im Blick, die Menschen im Sinn“ zu haben.

Die Menschen im Blick haben auch die Themen dieser Impuls-Ausgabe. Ob das Schwerpunktthema „Teilzeit schafft Armut“, die Unterstützung der streikenden Brummifahrer, die Solidarität der Präsides mit den Kaufhof-Beschäftigten oder die Bamberger Aktion „KAB Medien-Mobil“.

In diesem Sinne wünscht Ihnen die Redaktion ein frohes Pfingstfest!

Ihre Redaktion

✉ redaktion-impuls@kab.de

🌐 www.kab.de/werkzeug/impuls-mitgliedermagazin

INHALT



Teilzeit schafft Armut

► **TITELTHEMA** Seite 4



Jetzt schnell wählen!

► **KAB BEWEGT** Seite 13



Solidarität mit Lkw-Fahrern

► **GESELLSCHAFT** Seite 26

TITELTHEMA

Festgeklebt in der Teilzeitfalle	4
Armutsfalle statt Beschäftigungsmotor	6
KAB gegen Minijobs	7
Interview zur Arbeitszeit	8
Kommt die Viertagewoche?	9
Teilzeit in heimischer Küche	10
Zahl prekärer Jobs steigt	11
Spargelzeit ist prekäre Zeit	11

KAB BEWEGT

Sozialwahlen: Endspurt	12
Erstmals Online-Wahl	13
Unsere SpitzenkandidatInnen	13
Unterschriften an Pflegebeauftragte	14
Solidarität mit Galeria-Beschäftigten	15
Aus den Diözesanverbänden	18
KAB bewegt Diözesanverbände	18
KAB bewegt vor Ort	20
Tag der Arbeit – Karte an Scholz	22
Ketteler-Leuchter brennt wieder	22
Europa: Einsatz gegen Einsamkeit	23
Grundeinkommen trifft Politik	23

DIE GUTE AKTION

Bamberger KAB mit Medienmobil	16
-------------------------------	----

INTERNATIONALES

Interview: WBCA-Tagung in Lourdes	24
-----------------------------------	----

GESELLSCHAFT

KAB unterstützt streikende Lkw-Fahrer	26
Bundespräses: Wort zu Pfingsten	27

SERVICE

Menschen	28
Recht auf Teilzeit	28
Buchrezensionen	29
Post an die Redaktion	29/30
Impressum	30
Rätsel	31

Festgeklebt in der Teilzeitfalle



Besonders jene Mütter, die wenig verdienen, würden gerne mehr arbeiten. Doch trotz des Rechtsanspruchs auf Betreuung in einer Kindertagesstätte fehlen laut einer Untersuchung der Bertelsmannstiftung aktuell bundesweit 378.000 Kitaplätze.

Als ich vor kurzem von der Deutschen Rentenversicherung meine Rentenberechnung erhalten habe, war ich geschockt: 952 Euro werde ich im Jahr 2048 an Bruttorente erhalten, verglichen mit dem heutigen Rentenniveau“. Dabei startete die heute 42-jährige Carola Schmitz ganz positiv ins Erwerbsleben. Erst kam der Mann, dann das Kind, dann das Haus, am Ende die Schei-

Die Ungleichheit der Erwerbseinkommen war 2018 deutlich höher als 1993 – das liegt weniger an den Stundenlöhnen als vielmehr an der Entwicklung der Arbeitszeit
Ungleichheitsmaß (MLA)¹



¹ MLA steht für die mittlere logarithmische Abweichung. Im Jahr 1993 lag der MLA-Wert bei insgesamt 0,186 und setzte sich zusammen aus 0,058 für die Arbeitszeit, 0,143 für die Stundenlöhne und -0,015 für den Zusammenhang von beides, im Jahr 2018 lag der MLA-Wert bei insgesamt 0,285 (0,096 für die Arbeitszeit, 0,158 für die Stundenlöhne und 0,031 für den Zusammenhang).

Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf Sozio-ökonomisches Panel (SOEP), V35.

© DIW Berlin 2022.

dung. Doch das war nicht das Ende für Carola. Das Haus wurde verkauft, es folgte die Privatinsolvenz mit dem Verlust der Lebensversicherung. Nach dem Ende kam der Neuanfang. „Ich war froh als ich eine Stelle als Hauswirtschaftlerin gefunden habe“, erzählt die berufstätige Mutter von zwei Kindern. Ihr Verdienst reicht für sie und die beiden Kinder. „Für meine eigene private Altersvorsorge bleibt da nichts übrig“. Carola teilt ihr Schicksal mit vielen teilzeitbeschäftigten Müttern. In Deutschland waren 2020 rund 9 Millionen Frauen und 2,4 Millionen Männer in Teilzeit beschäftigt, das heißt, jede zweite erwerbstätige Frau und jeder achte Mann. 2020 war jede sechste Frau in Deutschland ausschließlich in einem Minijob beschäftigt.

Verzweigungsmaschine Teilzeit

Carolas Angst vor der geringen Rente, „die zum Leben nicht reicht und zum Sterben zu viel wäre“ ist für Hedwig Meier jetzt bittere Realität. Ihre Rente: 730 Euro. Die heute 66-Jährige hatte nach Ausbildung und acht Jahren Erwerbsarbeit ihren Sohn zur Welt gebracht. Er wurde krank, sie blieb zu Hause. Als ihre Tochter zur Welt kommt, macht sie aus der Not eine Tugend und wird Tagesmutter auch für andere Kleinkinder. Mit 48 Jahren nimmt sie eine Teilzeitstelle bei einer Sicherheitsfirma an. Als die Kinder aus „dem Größten raus sind“, bemühte sie sich um eine Vollzeitstelle. „Aber es gab keine. Ich saß in der Teilzeitfalle“, erzählt sie heute.

Ob Teilzeit oder Mini- bzw. Midi-Job, die Soziologin Birgit Happel spricht von einer „Verzweigungsmaschine“. „Teilzeitarbeit ist eben auch später nur Teilzeitrente“, erklärt

Happel, die versucht, Frauen über ihre finanzielle Situation aufzuklären. Denn, was Mütter mit Midi- und Teilzeitbeschäftigungen als Sprungbrett in Vollzeit erhoffen, entpuppt sich in der Regel als Sackgasse oder als „Klebeeffekt“, wie es das Bundesfamilienministerium mal bezeichnete.

Sie sieht ganz deutliche Gefahren in der Teilzeit und besonders in der sozialversicherungsfreien Beschäftigung durch Midi-jobs:

- „Sie befördern die Ungleichheit,
- bringen keine Absicherung mit sich,
- frieren Karrierewege ein,
- entwerten berufliche Abschlüsse,
- verfestigen überholte Familienrollen,
- sind eine Teilzeit- und Armutsfalle,
- halten Mütter in wirtschaftlicher Abhängigkeit und
- zementieren Geschlechterungleichheit.“

(aus: „Auf Kosten der Mütter“)

Für Happel ist daher der Beschluss der Ampelkoalition 2022, die Minijobgrenze auf 520 Euro auszuweiten, fatal. „Dadurch verschärfen sich die Anreize und Nachteile für Mütter im Steuerrecht und der Sozialversicherung erneut“. Qualifizierte Frauen und Mütter verschwenden ihr Talent und Energie, sie setzen sich der „Verzweigungsmaschine“ aus.

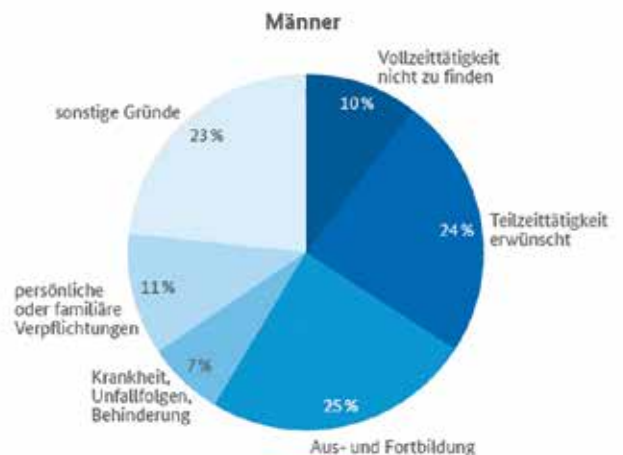
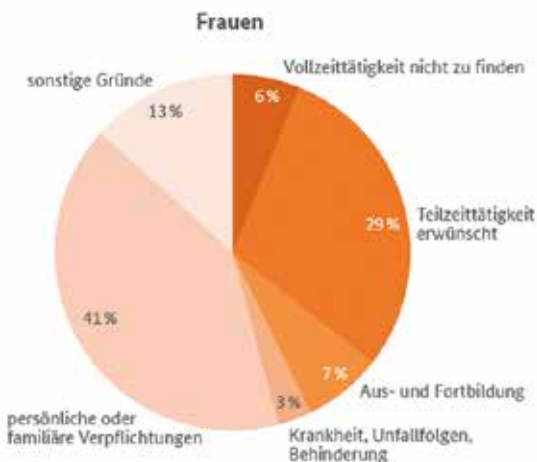
Carola, die dem entgegenwirken will, schaut jedes Wochenende in die Stellenanzeigen der Zeitungen. Doch in der Regel sind es nur Teilzeitbeschäftigungen in ihrem Bereich.



Gründe für Teilzeitarbeit

In Deutschland waren 2020 rund 9 Millionen Frauen und 2,4 Millionen Männer in Teilzeit beschäftigt, das heißt jede zweite erwerbstätige Frau und jeder achte Mann. Die Gründe für die Teilzeittätigkeit unterscheiden sich stark nach dem Geschlecht.

Gründe für Teilzeiterwerbstätigkeit, 2020



Teilzeit – Armutsfalle statt Beschäftigungsmotor



Die Maßnahmen der Agenda 2010 stießen auf deutliche Kritik.

Foto: Rabbe

In den 1960er-Jahren wurde die abgabenfreie geringfügige Beschäftigung angesichts akuten Arbeitskräftemangels attraktiver gestaltet, um Hausfrauen, Rentner, Studierende sowie Nebentätige auch stundenweise für die Erwerbsarbeit zu gewinnen. Doch als Begrifflichkeit im Sozialgesetzbuch wurde die geringfügige Beschäftigung erst mit der Schaffung des SGB IV zum 1. Juli 1977 eingeführt.

Und im April 1985 führte unter Helmut Kohl Arbeitsminister Norbert Blüm mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz zum einen „die einmalige Befristung des Arbeitsvertrages bis zur Dauer von 18 Monaten“ ein und räumte zum anderen Arbeitnehmern das Recht auf Teilzeitarbeit ein. Neben dem Recht auf Teilzeitarbeit als Beschäftigungsmotor entstanden in der Folgezeit immer mehr gering-

fügig entlohnte Beschäftigung ohne Sozialversicherungsabgaben mit einer regelmäßigen Arbeitszeit von weniger als 15 Stunden in der Woche. Die Verdienstgrenzen wurden im Laufe der 1990er-Jahre immer wieder angehoben und waren auf 630 DM für das ehemalige Bundesgebiet und auf 530 DM für die neuen Bundesländer angestiegen.

Beschäftigungsform eindämmen

Unter Bundeskanzler Schröder kam es am 1. April 1999 zu einer grundlegenden Reform, die die zuvor diagnostizierte erhebliche Ausweitung dieser Beschäftigungsform eindämmen sollte. Die Verdrängung regulär sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze und die weitere Aufspaltung der Beschäftigungsverhältnisse sollte redu-

ziert als auch Einnahmeausfällen in der Sozialversicherung entgegenge wirkt werden. Die Geringfügigkeitsgrenze wurde bundeseinheitlich auf 630 DM festgesetzt mit einer Abgabe von 12 Prozent in die Renten- und 10 Prozent in die Krankenversicherung.

Niedriglohnbereich ausgebaut

Nur drei Jahre später reformiert die rot-grüne Bundesregierung den Niedriglohnbereich. Aus dem 630-Mark-Gesetz wird eine

500-Euro-Beschäftigung mit nur zehn Prozent Sozialabgaben. Die Vorschläge der Hartz-Kommission sahen eine Beschränkung der Minijobs auf haushaltsnahe Dienstleistungen vor, um die existierende Schwarzarbeit von Arbeitslosen einzudämmen. Während des Gesetzgebungsverfahrens gelang es der CDU/CSU im Vermittlungsausschuss, ihre Vorstellungen zur Reform der geringfügigen Beschäftigung einzubringen. Beschlossen wurde, die Geringfügigkeitsgrenze für alle Wirtschaftsbereiche auf 400 DM anzuheben. Zudem wurde die Begrenzung auf weniger als 15 Wochenstunden abgeschafft, die Abgaben für geringfügige Beschäftigung neu geregelt und Midijobs (vgl. weiter unten) als Gleitzone von Beschäftigungsverhältnissen eingeführt.

Statt mehr Beschäftigung zu schaffen wurde die Beschäftigung immer stär-

ker auf mehrere Köpfe verteilt. Dies drückt sich auch in der Entwicklung der Teilzeitbeschäftigungen aus. Im Jahr 1991 lag die Teilzeitquote insgesamt noch bei knapp unter 14 Prozent. Bis 2019 stieg die Teilzeitquote mit einzelnen Ausnahmen in fast jedem Jahr weiter an auf 29,2 Prozent. Dabei lag die Teilzeitquote der Frauen bei etwa 48 Prozent, die Teilzeitquote der Männer lediglich bei 11,5 Prozent. Der Anteil der Frauen an allen Teilzeit-

beschäftigten war mit fast 80 Prozent weit über dem der Männer (20,5 Prozent).

Mütter häufiger erwerbstätig

Frauen beziehungsweise Mütter sind heute in Deutschland häufiger erwerbstätig als vor zehn Jahren. Der Anteil erwerbstätiger Mütter lag 2020 bei knapp 75 Prozent. Damit liegt Deutschland bei Teilzeitstellen

international auf Platz zwei hinter den Niederlanden (82,3 Prozent). Doch die steigende Teilzeitquote für Frauen und Mütter geht einher mit einer steigenden Armutsquote unter Frauen. Sie sind häufiger armutsgefährdet als Männer, wo die Teilzeitbeschäftigungen geringer sind. Fast jede fünfte Frau in Deutschland (19,2 Prozent) war im Jahr 2020 von Armut bedroht.

KAB: Minijobs vernichten reguläre Arbeitsplätze

Die Anhebung der Minijob-Grenze auf 520 Euro durch die Ampelregierung im vergangenen Jahr hat die KAB Deutschlands kritisiert. Der katholische Sozialverband sieht in der Anhebung gleichzeitig eine Ausweitung der Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnbereich. Zwangsläufig führt dies auch zu steigender Altersarmut, besonders unter Frauen“, so die KAB in einer Stellungnahme zur Gesetzesänderung. Denn über 60 Prozent der in Minijobs Beschäftigten sind Frauen. Schon heute verdrängen Minijobs allein in kleinen Betrieben bis zu 500.000 reguläre, sozialversicherungspflichtige Stellen. Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vor allem in der Lieferdienstbranche, im Hotel- und Gaststättengewerbe und anderen Dienstleistungsbereichen sitzen auf Dauer in der Armutsfalle. „Wir fordern die Bundesregierung auf, dass Beschäftigungen ab dem ersten Euro sozialversicherungspflichtig sind. Die Beitragspflicht muss vom Arbeitgeber vollständig übernommen werden“, so der Beschluss des KAB Bundesausschusses Anfang letzten Jahres.

Einschränkung sozialer Rechte

In Kombination mit dem Ehegattensplitting führen diese Mini-Jobs zu einer Armuts- und Teilzeitfalle für Frauen, so die Begründung der KAB Augsburg. Zudem erhalten drei von vier Mini-Jobbern lediglich einen Stundenlohn von knapp 12 Euro. Darüber hinaus führten laut KAB Mini- und Midi-Jobs zu permanenten Einschränkungen von Sozialrechten. So werde oft die gesetzlich zustehende Lohnfortzahlung im Krankheitsfall (46 Prozent) verweigert oder der bezahlte Urlaub (33 Prozent) nicht gewährt. Auch eine eingeschränkte Mitbestimmung findet in diesen Arbeitsverhältnissen statt. So sind Betriebsräte, Arbeitsverträge und Arbeitsmaterialien besonders bei Lieferdienstplattformen die Ausnahme.



Anzeige

KETTELERVERLAG
Fachverlag für kirchliches Arbeitsrecht
Serviceunternehmen der KAB

**GEMEINSAM
ENGAGIERT
AUF TRETEN**

Aktuell im KAB-Sortiment:

Bücher • Themenhefte • Banner • Flaggen • Fahnen • Wimpel
Abzeichen • Bronzekreuz • Plaketten • Papier • Mappen
Blöcke • Vordrucke • Aufkleber • Sichthüllen • Grundplakate
Werbeartikel • Signalwesten • Kerzen • Gutscheine



Bestellen Sie einfach online unter www.ketteler-verlag.de oder rufen Sie uns an, wir beraten Sie gerne!
KETTELER-Verlag GmbH, Niederlassung Waldmünchen, Schloßhof 1, 93449 Waldmünchen, Tel: 09972/9414-51, Fax: 09972/9414-55, kontakt@ketteler-verlag.de

Stand 04/2023

„Arbeitszeitverkürzung ist ökonomisch sinnvoll“

Arbeitssoziologe Prof. Fritz Böhle sieht Chance für Frauen

Wer heute 30 Stunden in der Woche arbeitet, hat eine Teilzeitstelle. Meist sind es Frauen, die mit reduzierter Arbeitszeit Beruf, Haushalt und Familie unter einen Hut zu bringen versuchen. Die IG Metall konnte bereits eine 35-Stunden-Woche einführen und hat in Tarifverträgen die Option eingebaut, über drei Jahre hinweg 32 Stunden zu arbeiten. Für die KAB Deutschlands ist die 30-Stunden-Woche seit 2005 eine wichtige Option, um Arbeit gerechter zu verteilen. In einem Diskussionspapier „Arbeitszeit ist Lebenszeit“ plädierte der Sozialverband vor 18 Jahren zu einer wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung. KAB-Impuls-Mitarbeiter Gerhard Endres befragte den renommierten Arbeitssoziologen Professor Dr. Fritz Böhle von der Universität Augsburg zu heutigen Arbeitszeitmodellen.

Impuls: Herr Prof. Böhle, die Arbeitszeiten in der Arbeitswelt sind sehr unterschiedlich. Die Menschen fühlen sich vielfältig belastet und gestresst. Wie ist Ihre Diagnose?

Prof Fritz Böhle: Lange Zeit gab es klar geregelte Arbeitszeiten. Das war so das Modell des Acht-Stunden-Tages. Gegenüber dieser Arbeitszeit war der Bereich des privaten Haushalts, der sogenannten Freizeit klar abgegrenzt. Es war klar, hier auf der einen Seite privater Haushalt und auf der anderen Seite die Arbeit mit ihrer Betriebszeit.

Zeit ist ein wichtiges Medium der gesellschaftlichen Koordination. Deswegen war es zunächst positiv, dass man Beginn und Lage der Arbeitszeit einigermaßen klar fixiert hatte. Seit den 1990er-Jahren haben wir eine Entwicklung unter dem Stichwort „Flexibilisierung der Arbeit“. Die Betriebe und Unternehmen haben ein Interesse, bedarfsorientiert die Arbeitskräfte einzusetzen. Umgekehrt haben Beschäftigte durchaus Interesse die Arbeitszeit flexibel zu gestalten, wenn man Familie hat, man auf Ämter gehen muss usw. Hier gibt es ein neues Konflikt- oder Verhandlungsfeld.

Impuls: Aber, wenn jeder flexibel ist, ist die Koordination fast nicht mehr möglich.

Prof Fritz Böhle: Es ist eine neue Herausforderung an die Gesellschaft, wie sie mit dieser Flexibilisierung der Arbeitszeit zurechtkommt. Also meiner Ansicht nach funktioniert

dies momentan nur, weil die Arbeitszeit ungleich verteilt ist und es genügend Bereiche gibt, wo man sich darauf verlassen kann, dass die Anwesenheitszeiten sehr stabil sind.

Allerdings: Fast die Mehrheit der Frauen ist zwar in den Arbeitsmarkt integriert, aber viele nur in Teilzeit, weil Frauen schlicht keine Zeit für die Erwerbsarbeit haben.



Will die „normale“ Arbeitszeit radikal verkürzt werden, der Augsburger Arbeitssoziologe Dr. Fritz Böhle

Impuls: Wie ist Ihre Vision der Zukunft?

Prof Fritz Böhle: Unsere Forderung ist die normale Arbeitszeit radikal zu verkürzen, etwa auf dreißig Stunden oder eine Viertagewoche. So könnten auch Frauen gleichberechtigt in den Arbeitsmarkt integriert werden. Wenn alle weniger arbeiten, dann kann auch die private Haushaltsarbeit neu aufgeteilt werden.

Impuls: Jetzt wird sicher sofort gesagt, das ist nicht finanzierbar, die ganze Gesellschaft bricht zusammen. Stimmt das?

Prof Fritz Böhle: Man muss genau hinschauen, wie verändert sich eigentlich Arbeit? In vielen Bereichen kommt es zu einer gewaltigen Intensivierung der Arbeit, sie wird immer anspruchsvoller. Wir müssen bei der Finanzierung berücksichtigen, bei einer verkürzten Arbeitszeit entsteht mehr Zeit für andere Arbeit. Wir wissen, hier werden wichtige Arbeiten erfüllt: Kinderversorgung, die Betreuung von Älteren, und vieles mehr. Wir gehen sogar davon aus, dass Arbeitszeitverkürzung notwendig ist, damit wir auch ökonomisch eine sinnvolle Weiterentwicklung haben.

Freitag wird freier Tag

Eine Viertagewoche kann man bei gleicher oder bei verkürzter Arbeitszeit umsetzen. Für uns als Gewerkschafter ist es dennoch wichtig, dass eine Viertagewoche bei vollem Lohnausgleich stattfindet“, erklärte DGB-Bundesvorsitzende Yasmin Fahimi im Gespräch mit KAB-Impuls. Fahimi setzt dabei auf die Tarifpartner und die Betriebe, die es umsetzen müssen. Letztere gibt es bereits viele, auch im Handwerk. Da ist der metallverarbeitende Betrieb Profi Metall&Technik im münsterländischen Stadtlohn, der freitags schließt und den Mitarbeitenden ein langes Wochenende gönnt, damit auch Papi mal die Kinder von der Schule abholen kann. Für Geschäftsführer Werner Steppat gibt es gleich drei Vorteile: motivierte Mitarbeiter, Energieeinsparungen, da der Brennofen auch nur vier Tage läuft, und ein wichtiger Pluspunkt bei der Suche nach neuen Mitarbeitern.

Streik für Arbeitszeitverkürzung

Auch in Geldern beim Industriebetrieb Thölen Pumpen ist die Firma freitags dicht. „Bei uns wird von Montag bis Donnerstag jeden Tag eine Stunde mehr gearbeitet, dafür ist freitags frei“, erzählt Geschäftsführer Dirk Thölen. Trotz weniger Wochenstunden zahlt das Unternehmen weiter den vollen Lohn. Nicht nur in der Metallbranche, auch im Elektrobereich und in der Medien-Branche hält die Viertagewoche bei vollem Lohnausgleich Einzug. Die Mitarbeitenden sind ausgeglichener und motivierter, weiß Lars Heidemann. Der Geschäftsführer der Wuppertaler Digitalagentur Shetani wollte jedoch nicht 40 Stunden auf vier Tage verlegen, sondern kürzte die Arbeitszeit gleich auf 32 Stunden pro Woche bei vollem Lohnausgleich.

Fast sieben Wochen lang streikten 1984 die Beschäftigten in der west-

deutschen Metallindustrie – für die Verkürzung der Arbeitszeit von 40 auf 35 Stunden in der Woche. Daher ist für viele Unternehmen und Betriebe die

Viertagewoche eine Chance. Im November will sich die IG Metall bei den Tarifverhandlungen in der Stahlindustrie für eine Viertagewoche bei vollem Lohnausgleich einsetzen.

„Am Ende wird sich eine Viertagewoche für alle auszahlen, für Arbeitnehmer, die aufgrund der verdichteten Arbeit mehr und längere Ruhepausen hätten, und für Arbeitgeber, weil sie ausgeruhte und motivierte Mitarbeitende haben“, so die DGB-Chefin gegenüber Impuls. Sie teilt daher Plänen wie von der bayerischen Sozialministerin, die tägliche Arbeitszeit im Rahmen einer 40-Stunden-Woche auszuweiten, eine klare Absage. „Das Arbeitszeitgesetz darf nicht angefasst werden. Denn es ist



1984 beteiligte sich auch die Christliche Arbeiterjugend (CAJ) an der Forderung nach einer 35-Stunden-Woche. Foto: dpa

auch ein Gesundheitsschutzgesetz und die Mindestruhezeiten müssen eingehalten werden“, betont Fahimi. Daher setzt die DGB-Chefin, anders als Vertreter der Einzelgewerkschaften, nicht auf eine generelle Viertagewoche. Ähnlich sieht es auch Arbeitsminister Hubertus Heil, der es sich nicht für alle Branchen vorstellen kann.

Frauen wollen von Teilzeitarbeit in Vollzeit

Dem Gegenargument, dass eigentlich länger gearbeitet werden muss, da mehr Arbeit, aber immer weniger Personal vorhanden ist und somit das Arbeitsvolumen sinken würde, will IG-Metall-Chef Jörg Hofmann nicht gelten lassen. Im Gegenteil: mit einer Viertagewoche lässt sich das Arbeitsvolumen sogar steigern. Und besonders für Frauen könnte dann die Teilzeitfrage ad acta gelegt werden, wenn die 32-Stunden-Woche zur Normalarbeitszeit würde. Elf Millionen Beschäftigte, fast 30 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiten in Teilzeit – die meisten sind Frauen. Ihnen droht später oft Altersarmut. In einer Beschäftigtenumfrage der Gewerkschaft wollten besonders Frauen bei einer allgemeinen 32-Stunden-Woche auf Vollzeit zurückkehren, weil Familie und Beruf so besser unter einen Hut zu bringen sind.



DGB-Chefin Yasmin Fahimi sieht die Chance auf eine Viertagewoche in einigen Branchen. Foto: Rabbe



Teilzeit in heimischer Küche

Sie möchten dauerhaft im Home-Office arbeiten? Sie sind auch am Wochenende einsetzbar? Sie können uns von Montag bis Sonntag, auch feiertags, zwischen 08:00 Uhr und 01:00 Uhr im Rahmen Ihrer Arbeitszeiten unterstützen? Es bereitet Ihnen Freude, Kundinnen und Kunden für den spontanen Kauf eines Zusatzproduktes zu begeistern?“ So wirbt ein Berliner Unternehmen für Telearbeit um neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für einen Teilzeit-Job mit wöchentlich 15 bis maximal 37,5 Stunden.

Arbeitsort, bundesweit, aber in der eigenen Wohnung. „Wir bieten Ihnen eine Tätigkeit von zu Hause aus, keine Fahrtwege und dadurch mehr Zeit für Familie, Freunde, Tiere und Hobby.“ Doch die Zeit der Arbeit hat es in sich. Beschäftigte in heimischen Call-Centern sind nicht nur einer ständigen Überwachung durch das Unternehmen ausgeliefert. Von wegen Struppi kurz füttern. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor PC oder Laptop und mit Mikro-Kopfhörer im Home-Office laufen Gefahr, dass ihr Gang zur eigenen Toilette sich am Ende des Monats im Minus-Gehalt wiederfindet. Dabei ist der Verdienst selbst mit einem mageren Mindestlohn von 12 Euro brutto pro Stunde schon

sehr niedrig. Von etwa 1380 Euro im Monat müssen Beschäftigte im Call-Center ihre direkten Ausgaben wie Strom, Heizung, Miete und natürlich auch den Internet-Anschluss abziehen.

Toilettengang ohne Bezahlung

Muss er während der Arbeit mal auf Toilette und tippt auf Kurzpause, stoppt das Call-Center seine Arbeitszeit und zieht sie von seinem Lohn ab. Lediglich über den Arbeitstag verteilt werden ihm alle zwei Stunden eine Bildschirmpause von zehn Minuten zugestanden, in der er sich schnell Kaffee holen oder ein Butterbrot schmieren kann. Einmal mehr Kaffee geholt, einmal mehr auf Toilette gegangen, sammeln sich die Minusstunden, die am Monatsende in der Abrechnung fehlen. Beschäftigte im Call-Center stehen ständig unter elektronischer Überwachung. Und fällt mal der Strom aus oder auch das Internet, dann gibt es kein Geld. Beschäftigte im heimischen Call-Center müssen dann nacharbeiten, um auf ihre Zeit, sprich auf ihren Lohn zu kommen. Zeit ist Geld für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Call-Center.

Aus einer Anzeige:

IHR PROFIL

- Sie möchten gerne dauerhaft im Homeoffice arbeiten
- Sie sind auch am Wochenende einsetzbar
- Sie können uns von Montag bis Sonntag, auch feiertags, zwischen 08:00 Uhr und 01:00 Uhr im Rahmen Ihrer Arbeitszeiten unterstützen
- Es bereitet Ihnen Freude, Kund*innen für den spontanen Kauf eines Zusatzproduktes zu begeistern
- Sie sind sicher im Umgang mit dem PC und dem Internet
- Sie verfügen über sehr gute Deutschkenntnisse in Wort und Schrift
- Eine sorgfältige und präzise Arbeitsweise ist für Sie selbstverständlich
- Sie besitzen eine hohe Eigenmotivation und sind organisiert

Mehr Menschen in unsicheren Jobs

Knapp 7,3 Millionen Frauen und Männer arbeiten in Deutschland in sogenannten atypischen Beschäftigungsverhältnissen. Dies hat das Statistische Bundesamt im Auftrag der Bundestagsfraktion Die Linke untersucht. „Hier wird deutlich“, so Bundesvorsitzender Andreas Luttmer-Bensmann, „dass die KAB Deutschland mit ihrem Beschluss »WERTvoll Arbeiten – menschenwürdig statt prekär« die Zeichen der Zeit benennt“. Das Wiesbadener Bundesamt hat bei der Erfassung der prekären Arbeitsverhältnisse Kriterien wie etwa befristeter Anstellung, Teilzeit mit weniger als zwanzig Stunden, Zeitarbeitnehmer oder geringfügig Beschäftigte zugrunde gelegt. Die 7,3 Millionen Menschen, die in atypischen Arbeitsverhältnissen sind, machen etwa 21 Prozent der abhängig Beschäftigten aus. Gegenüber dem Jahr 2020 ist das eine Zunahme von 288.000 Personen. Mehr als jeder und jede fünfte Arbeit-

nehmerIn hat einen unsicheren Arbeitsvertrag. Die Zunahme prekärer Arbeit sei ein Alarmsignal, erklärte Fraktionschef Dietmar Bartsch.



Spargelzeit – Prekäre Zeit



Spargelzeit heißt nicht nur harte Knochenarbeit, sondern für viele Saisonkräfte Arbeit unter prekären Bedingungen.

Fotos: Rabbe

Im Coronajahr 2020 wurden 20 Prozent weniger Spargel gestochen. Bauern ließen den Spargel ungeerntet „schießen“, weil die Saisonarbeitskräfte weder ein- noch ausreisen durften. Jetzt, im Monat Mai ist wieder Spargelzeit, und die Ernte bei Gemüse und Obst beginnt.

Zwischen März 2019 bis Februar 2020 – also noch vor Ausbruch der Corona-Pandemie – waren laut Statistischem Bundesamt von den bundesweit 937.000 Arbeitskräften in der Landwirtschaft knapp dreißig Prozent Saisonarbeitskräfte. Das sind gut 272.000 Arbeitskräfte, die für ein oder zwei Monate im Jahr aus dem meist osteuropäischen Ausland anreisen und uns mit Spargel, Gurken, Erdbeeren oder Äpfeln und Weintrauben aus deutschen Landen versorgen. Regional angebaut, international geerntet. Bei der Einstel-

lung von Saisonarbeitskräften ist Rheinland-Pfalz Spitzenreiter.

Prekäre Erntearbeit

In Massenunterkünften untergebracht, muss der Lohn aus der Erntezeit nicht selten fürs ganze Jahr reichen. Die EU-Kommission hat nun Deutschland und anderen EU-Ländern ein schlechtes Zeugnis ausgestellt, da gegen EU-Verträge möglicherweise verstoßen wurde. Gegen zehn Staaten wurde ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, weil Bestimmungen einer EU-Richtlinie über Saisonarbeit nicht ordnungsgemäß umgesetzt werden.

Kontrollen gefordert

Gewerkschaften bemängeln nicht erst seit der Corona-Pandemie einen unzureichenden Gesundheitsschutz für Erntehelfer. Die Arbeit für zwei bis drei Monate wird nicht richtig sozialversichert und es werden private Gruppenversicherungen abgeschlossen, die nur wenige Leistungen enthalten. Saisonarbeiterinnen und Saisonarbeiter bleiben im Krankheitsfall auf ihren Behandlungskosten hängen. Zudem werden die Arbeitszeiten trotz strenger Regeln zur Arbeitszeiterfassung nur grob dokumentiert. Oft werden Überstunden nicht bezahlt und nach Akkord abgerechnet, kritisiert die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU). Ähnlich strenge Kontrollen wie sie derzeit der Zoll auf Großbaustellen in Deutschland durchführt, fordert die Gewerkschaft auch auf den Feldern. Deutschland hat nun zwei Monate Zeit, um zu reagieren und die Missstände abzustellen.

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Gemeinsam mit Bundesarbeitsminister Hubertus Heil wollen die Bundeswahlbeauftragten für die Sozialwahlen, Peter Weiß und Doris Barnett, das Thema Selbstverwaltung in den Sozialversicherungen über die gesamte Legislaturperiode hinaus in der Öffentlichkeit präsent halten. „Nach der Wahl ist vor der Wahl“, betonte Peter Weiß, zum Auftakt der Sozialwahlen im Bundesarbeitsministerium.

Gemeinsam will man die gesellschaftliche Bedeutung der Selbstverwaltungen in den gesetzlichen Sozialversicherungen in den kommenden Jahren in den Fokus stellen. Aus diesem Grund hat das Arbeitsministerium unter Hubertus Heil die Amtszeit der beiden Bundeswahlbeauftragten verlängert. „Wir wollen den Spannungsbogen, der jetzt bei den Sozialwahlen entstanden ist, über die kommenden sechs Jahre aufrechterhalten“, so Bundesarbeitsminister Heil. Das ehrenamtliche Engagement in den Selbstverwaltungen unterstreiche, dass nicht über die Köpfe hinweg entschieden wird, sondern lebenspraktische Erfahrungen einfließen.

Barnett und Weiß wollen in den weiterführenden Schulen das Thema Sozialstaat und Sozialversicherungen verstärkt einbringen. Um die kommenden Sozialwahlen 2029 noch attraktiver zu machen, setzt der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete auf einen personalisierten Wahlkampf. „Die Spitzenkandidaten müssen mit ihrer Person deutlich machen, für was und wen sie stehen“, so Weiß.

Kritik an der Politik übte Uwe Klemens, ehrenamtlicher VdEK-Vorsitzender, die in den letzten Legislaturperioden die Rechte der Selbstverwaltung eingeschränkt habe. „Die Politik redet über unsere Gelder, über die Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Das müssen wir stärker in den kommenden Jahren angehen“. Auch Jörg Ide, Vorstandsmitglied der Techniker Krankenkasse, fordert von der Politik, „nicht an der Finanzierungssystematik herumzudoktern“ und die Gelder der Beitragszahler nicht mit „unsinnigen Finanzierungen“ für kassenfremde Leistungen wie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

(BZGA) oder der Unabhängigen Patientenberatung zu belasten.

Endspurt bei Sozialwahlen

Mit Auftaktveranstaltungen hat die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitsorganisationen (ACA) in Landesverbänden den Endspurt zu den Sozialwahlen eingeläutet. Jeweils mit von der Partie waren die Bundeswahlbeauftragten und die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der Mitgliedsverbände Kolping, KAB und Evangelischer Arbeitnehmer (BVEA). „Demokratie beginnt mit gelebter Teilhabe und Teilnahme“, erklärt Andreas Luttmmer-Bensmann, Bundesvorsitzender der KAB Deutschlands. Viele Frauen und Männer in der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung

engagieren sich neben der Arbeit in den Selbstverwaltungsgremien der Sozialversicherungsträger auch in den Widerspruchsausschüssen der Krankenkassen oder in der Rentenberatung, um die Rechte der versicherten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu stärken.

Noch bis zum 31. Mai sind Versicherte aufgerufen

ihre Stimme abzugeben. „Eine Stimme für unsere Kandidaten und Kandidatinnen ist eine wichtige Stimme für die Rechte der versicherten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“, betont der Bundesvorsitzender der ACA ist.

In München war Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf zum Auftakt gekommen. „Bei den Sozialwahlen entscheiden die Versicherten mit, wie wir in unserer Gesellschaft mit den großen Lebensrisiken umgehen: Krankheit und Alter, Unfälle, Pflegebedürftigkeit oder Erwerbsminderung“, erklärt Angelika Görmiller, Vorsitzende der ACA Bayern.

In der Dortmunder Pauluskirche hatte die ACA NRW gemeinsam mit dem Bundeswahlbeauftragten Peter Weiß zur Beteiligung an den Sozialwahlen aufgerufen. Klaus Arens, Vorsitzender der Landes ACA NRW, rief daher dazu auf, sich engagiert an den Wahlen, die noch bis zum 31. Mai laufen, zu beteiligen.



Die Bundeswahlbeauftragten Doris Barnett und Peter Weiß wollen gemeinsam mit Arbeitsminister Hubertus Heil die Aufgaben der Selbstverwaltungen verstärkt in die Öffentlichkeit bringen.
Foto: Screenshot/Rabbe

Historische Sozialwahl

Erstmalig Online-Wahlen

Mit ihrer Entscheidung haben sie die Sozialwahlen in ein neues Zeitalter geführt“, betont die SPD-Politikerin Doris Barnet. Die stellvertretende Bundeswahlbeauftragte für die Sozialwahlen dankte den Mitgliedern der Wahlausschüsse für die Zustimmung zur ersten Onlinewahl. Zuvor hatten die Wahlvorstände der Arbeitsgemeinschaft zur gemeinsamen Durchführung der ersten Online-Sozialwahlen (ARGE) die technischen und datenschutzrechtlichen Aspekte der Wahl per Smartphone, Tablet oder PC geprüft, ob sie die allgemeinen gesetzlichen Vorgaben von Wahlen erfüllen. Zur ARGE gehören neben der DAK Gesundheit, die Ersatzkassen Barmer, Techniker Krankenkasse (TK), die Kaufmännische Krankenkasse (KKH), die Handelskrankenkasse (hkk) sowie die Hanseatische. Damit haben gut 22 Millionen Versicherte die Chance, online ihre Stimme für die Kandidatinnen und Kandidaten abzugeben. Allein bei der Hamburger DAK Gesundheit sind es über 4,5 Millionen wahlberechtigte Versicherte, die Online- oder Briefwahl nutzen können.

Für den Bundeswahlbeauftragten, den CDU-Politiker Peter Weiß ist dies eine „historische Wahl“. Erstmals wird in

der Bundesrepublik eine freie und geheime Wahl übers Internet durchgeführt.

„Parteien und Politik werden genau beobachten, wie

das Onlinewahl-Verfahren verläuft“, erklärt Weiß. Zukünftig könnte in Deutschland der Wahlakt für Kommunal- oder Landtagswahlen per Mausclick erfolgen. Seit den Sozialwahlen 2011 wurde immer versucht, Online-Wahlen für die Verwaltungsräte der Kassen zu installieren. Jetzt, 2023 ist dies zwischen dem 11. April und dem 31. Mai Null Uhr möglich. Die Briefwahl ist natürlich auch noch bis Ende Mai möglich.



Spitzenkandidaten und -kandidatinnen

KAB-Rentenexpertin Lucia Schneiders-Adams ist Spitzenkandidatin der ACA bei der Deutschen Rentenversicherung (DRV Bund) auf der Liste 6. Sie setzt sich für die Weiterentwicklung von präventiven Maßnahmen, dem qualitativen Ausbau von Rehabilitationsangeboten sowie eine deutliche Stärkung der Entscheidungskompetenzen in der Selbstverwaltung ein. Gleichzeitig fordert sie eine gesetzliche Rente für alle Erwerbstätigen, eine garantierte Mindestrente für alle Versicherten und eine stärkere Anerkennung von Pflege und Erziehung in der Rente.

Ralph Korschinsky vom KAB-Diözesanverband Bamberg ist Spitzenkandidat in der BARMER-Krankenkasse. Er fordert die Einbeziehung aller Bürgerinnen und Bürger und aller Einkünfte in die gesetzliche Krankenversiche-

rung sowie eine deutliche Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze. „Wir brauchen personell gut ausgestattete Krankenhäuser, die eine gute Daseinsfürsorge sichern, insbesondere für die ländlichen Regionen“, so KAB-Spitzenkandidat Korschinsky.

Die Spitzenkandidaten bei der DAK Gesundheit sind neben Hannes Kreller von der KAB München, Willi Breher (Kolping) und Claudia Braun (BVEA). Sie kandidieren als ACA auf der Liste 5. Bei der IKK Classic konnte ACA-Geschäftsführer Alexander Suchomsky einziehen. Zu Friedenswahlen kam es auch bei der Verwaltungs-Berufsgenossenschaft (VBG) und der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW). Bei der BGW ist die Passauer KAB-Diözesanvorsitzende Angelika Görmiller somit in der Vertreterversammlung.



Lucia Schneiders-Adams



Ralph Korschinsky



Hannes Kreller



Angelika Görmiller

„Pflege braucht Zukunft“

Schluss mit der Qualifizierungslücke – Stoppt prekäre Befristungsverträge



Über 46.500 Menschen haben sich an der Aktion „Pflege-braucht-Zukunft“ beteiligt und fordern verbesserte Arbeitsbedingungen in der Pflege.

Foto: KAB-RS

Pflege geht uns alle an, jede/r ist gefragt. Mit unserer Aktion haben wir zur Tarifbindung in der stationären Langzeitpflege beigetragen, darauf sind wir stolz. Jetzt muss es weitergehen. Wir stehen vor einem enormen Reformstau in der Pflege.“ betont Christa Wolpert, pflegende Angehörige und ehrenamtlich Verantwortliche der KAB Aktion „Pflege braucht Zukunft“. Sie ist mit Vertreterinnen der Aktion „Pflege braucht Zukunft“, die die KAB in der Diözese Rottenburg-Stuttgart initiiert hat, und Pflegeexpertinnen nach Berlin gefahren, um der neuen Pflegebevollmächtigten der Bundesregierung, Claudia Moll, ihre Erfahrungen mitzuteilen und die Politik aufzufordern, die Situation in der Pflege zu verbessern.

Beseitigung des Missstandes gefordert

„Wir arbeiten nach dem Prinzip Pflege auf Augenhöhe, wir erwarten, dass die Gestaltungskraft der Profis unterstützt wird. Derzeit wird diese durch die Handhabung von Regelungen eher gehemmt“, erklärt Sylvia Brenner Merz, Leiterin einer stationären Einrichtung. Susanne Wirth, Mitarbeitervertreterin einer ambulanten Einrichtung ergänzt: „Dazu müssen im ambulanten Bereich bei der Behandlungspflege die Zeiten für einzelne Maßnahmen neu bewertet werden.“ Im Übrigen sei die Reform des Missstandes „Nimm drei, bezahl eine“ überfällig, von mehreren erbrachten Leistungen werde je nur eine, die umfassendste, refinanziert.

Erfahrungen aus der ehrenamtlichen Arbeit in der Pflege brachte Susanne Lutz, Vorsitzende der KAB in der Diözese

Rottenburg Stuttgart ist Ehrenamtskoordinatorin in einem großen Krankenhaus, ein. Das Ehrenamt sei aus der Pflege nicht mehr wegzudenken. „In Zukunft brauchen wir noch viel mehr Menschen die unterstützende Teilverantwortung übernehmen. Dabei sind zwei Dinge entscheidend: Ehrenamt ist immer zusätzlich und muss qualifiziert begleitet sein.“

Für die KAB Deutschlands steht die Alterssicherung besonders der Pflegenden auf der Agenda. KAB-Bundesvorsitzende Beate Schwittay, die die Aktion „Pflege braucht Zukunft“ begleitete, erklärte: „Wir werden dranbleiben. Gerade was die Frage Alterssicherung angeht, ist hier ein vernetztes Vorgehen notwendig, sowohl für Pflegebeschäftigte als auch für pflegende Angehörige.“ Maria Sinz, KAB Regionalsekretärin kritisierte daher, dass „die Rentenpunkte für pflegende Angehörige nach wie vor von den Versicherten finanziert werden, statt wie im Koalitionsvertrag vereinbart über Steuern“. Wertschätzung und Sicherheit im Alter darf nicht nur für Menschen mit „dicke-m Geldbeutel“ gelten. „Deshalb kämpfen wir weiter für eine solidarische Finanzierung der Pflege, zu der alle Einkommen ihren Beitrag leisten“ erklärt Sinz.

Für Claudia Moll, Bundestagsabgeordnete und selbst Altenpflegerin ist eine exzellente Kennerin des Pflegesektors. Sie begrüßt die Initiative der KAB „Miteinander sprechen, sich vernetzen, strategische Allianzen bilden, das bringt weiter“, so die SPD-Politikerin. Als ein konkretes Beispiel, wie Verbesserungen im Arbeitsalltag erreicht werden können, nennt sie ihr Projekt „Gute Arbeitsbedingungen in der Pflege zur Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf“ – kurz GAP (siehe Impuls IV-2022). Die 55-Jährige gelernte Fachfrau für Gerontopsychiatrie ist seit 2022 im Amt der Pflegebevollmächtigten der Bundesregierung. „Schon 2001 habe ich mit vielen Kolleg*innen für eine bessere Situation in der Pflege gekämpft. An dieser Leidenschaft und meinem Einsatz für die Menschen mit Pflegebedarf, deren Angehörige und die professionellen Pflegekräfte hat sich nichts geändert.“

Präsides solidarisch mit Galeria-Beschäftigten

Die Präses und geistlichen Vorstände der KAB-Diözesanverbände haben sich auf ihrer Frühjahrstagung in Paderborn mit den Beschäftigten der GaleriaKaufhof solidarisiert. Die Stimmung unter den 50 Beschäftigten ist sehr schlecht. Der Standort Paderborn gehört zu den 47 Kaufhäusern des Konzerns, die in zwei Durchgängen geschlossen werden. Als die Meldung kam, Paderborn schließt, waren die Beschäftigten wie vom Schlag getroffen. „Wir haben bis zuletzt gehofft“, so Betriebsratsvorsitzender Jörg Günther. Viele seiner Kolleginnen und Kollegen arbeiten seit vierzig Jahren für das Haus in der Paderborner Innenstadt.

Bundespräses Stefan Eirich macht deutlich, dass es weder an den Beschäftigten noch daran liegt, dass angeblich das Kaufhausmodell in der Krise steckt. Vielmehr hätten Managementfehler zur Krise geführt. Versprechen und Konzepte wurde nicht umgesetzt, das Unternehmen wurde ausgesaugt. Die Zeche bezahlen die Beschäftigten und die Steuerzahler. „Tausende von Mitarbeitern, meist Frauen, verlieren ihre berufliche Existenz, weil Sanierungs- und Entwicklungskonzepte durch das Management nicht oder unzureichend umgesetzt wurden“, so Bundespräses Stefan Eirich. Es sei nicht hinnehmbar, dass international expandierende Immobilien- und Handelsunternehmen auf dem Rücken von Beschäftigten und Steuerzahlern ihre Profite einstreichen und die Politik tatenlos zuschaue.

Gemeinsam mit Gewerkschaft

Über Jahre hinweg habe das Unternehmen, so Eirich, seine soziale Verantwortung vernachlässigt, den eigenen Profit im Blick gehabt und trotz Staatshilfen und Insolvenzgeldern nicht für die Zukunftsfähigkeit gesorgt. Unterstützt wurde die Solidaritätsaktion der KAB-Präsides von der Gewerkschaft. Auch Ursula Ja-

cob-Reisinger vom ver.di-Bezirk Ostwestfalen-Lippe (OWL) wirft der österreichischen Benetton-Gruppe Signa, die die Kaufhauskette übernommen hatte und bereits vor zwei Jahren Kaufhäuser in ganz Deutschland schließen ließ, vor, durch Managementfehler das Unternehmen in die Krise gebracht zu haben. Argumente, das Kaufhaus sei tot, sollen die Fehler kaschieren.

KAB und die Gewerkschaft ver.di sagten der Belegschaft konkrete Unterstützung zu. Betriebsratschef Günther bedankte sich im Namen der



Gemeinsam mit Gewerkschaften solidarisierten sich die Präses der KAB mit den Galeria-Beschäftigten. Foto: P. Maus

ganzen Belegschaft für die Solidarität. Gemeinsam mit der Stadt, die sich ebenfalls solidarisch zeigt, werde nach Lösungen für die Mitarbeiter gesucht, von denen einige zum ersten Mal in ihrem Leben arbeitslos sein werden. Neben Paderborn macht auch das Kaufhaus GaleriaKaufhof in Bielefeld dicht.

Anzeigen



HP 64,-
inkl. Wellness
& Programm

Barrierefrei - gruppeneignet-Panoramalage
 Lift-Hallenbad 30° - Wellness - Sauna - Dampfbad - Kegeln
staatl. anerk. Erholungsort. 90 km Wanderwege, Biergarten, alle Zi. Flachdusche/WC/TV/Fön/Safe/WLAN, Livemusik, Film-, Bingo-, Grillabende. **Beste Ausflugsmöglichkeiten.** Viele EZ. Prospekt anfordern.

Landhotel Spessartruh, Familie Freitag, www.landhotel-spessartruh.de
 Wiesenerstr.129, 97833 Frammersbach, Tel. 09355-7443, Fax -7300




**Gastlichkeit.
Menschliche Nähe.
Vertrauen.**

Das Gästehaus St. Theresia bietet in wunderschöner Natur am Bodensee Erholung, Ruhe und die Zeit zum „In sich kehren“, aber auch den Austausch und die Möglichkeit für positive Erlebnisse.
 Für unsere Gäste die Chance in unserer rastlosen Zeit loslassen zu können, allein, im Gebet oder Gespräch.
 All das bietet das Gästehaus St. Theresia/Eriskirch.

Gästehaus St. Theresia, Moos 2, 88097 Eriskirch, Tel. (075 41) 97 09-0, Fax: (075 41) 970-26
info@gastehaus-sankt-theresia.de, www.gastehaus-sankt-theresia.de



Kommen Sie mit uns ins Internet!

KAB-Bamberg verbindet Menschen mit dem Medien-Mobil

Welche Möglichkeiten bieten Internet und Smartphone? Diese Frage stellen sich immer mehr Menschen, nicht nur die 60plus-Generation. Nachdem Politik und Wirtschaft seit Jahren den Ausbau der Digitalisierung fordern und Aktivitäten zunehmend nur noch über das Internet angeboten werden, wollen und müssen sich immer mehr Menschen fit machen für die digitale Welt. Immer klarer wird: Ohne Zugang zum weltweiten Netz geht kaum noch was. Doch mit dem Kauf eines Endgeräts, zum Beispiel eines Smartphones oder eines Tablets ist der Anschluss an die digitale Welt noch lange nicht geschafft.

Genau hier will die KAB-Bamberg helfen. Seit März 2023 ist deshalb das KAB Medien-Mobil in digitaler Mission unterwegs. Die KAB hat früh erkannt, dass Technologie und Digitali-

sierung kein Selbstzweck, sondern Gesellschaftsgestaltung wichtig für gesellschaftliche Teilhabe und Demokratie sind.

Land Bayern unterstützt

„Kommen Sie mit uns ins Internet“ lautet daher das Motto des KAB Medien-Mobils, das im Bistum Bamberg zwischen dem Dekanat Ansbach im Süden bis nach Kronach im Norden Station macht. KAB-Vereine und andere Organisationen nehmen das Angebot, das vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz gefördert wird, gerne an. „Ich bin auf öffentlichen Plätzen, in Pfarrheimen oder in Rathaus-Sälen unterwegs, um aufzuklären und vor allem Fragen zu beantworten“, erzählt Johannes Michel. Michel ist nicht nur Journalist, sondern über die Medien-

gruppe Oberfranken auch als „Technik-Michel“ in den Zeitungen bekannt. „Die KAB-Bamberg sprach mich an und ich fand die Idee gut“, sagt Michel, der jetzt das Gesicht des KAB Medien-Mobils ist und Vorträge mit Workshopcharakter zum Thema Digitalisierung und zum Probieren von Endgeräten anbietet.

Am Ball bleiben mit den Enkelkindern

„Die Veranstaltung steht im Kalender der Tageszeitungen und ist nicht nur für KAB-Mitglieder, sondern für alle offen. Manche kommen spontan, wenn sie das Medien-Mobil sehen“, berichtet Michel. Die Spannweite des Publikums ist enorm. Das Angebot nehmen nicht nur Menschen an, die mit ihrem Smartphone oder mit den Anwendungen Probleme haben. Eini-

ge „wollen erst einsteigen und informieren sich über Möglichkeiten, die die neue Technik bietet“. Weiter erzählt er, dass „letzten jemand bei der Veranstaltung war, der sich über Messengerdienste (Facebook, E-Mails, Whatsapp, Signal etc., die Red.) informiert hat. Der Grund: Die ältere Frau wollte mit ihren Kindern und Enkelkindern kommunizieren.“ Denn viele Menschen, besonders ältere, sind „heute draußen, wenn die Kinder oder Enkelkinder ihre Fotos, Nachrichten und Texte übers Internet verschicken oder per Videotelefonie unterwegs sind. Wer am Ball bleiben will, muss sich verbinden und die Plattformen nutzen.“



Im Schnitt Fünfzig-Plus

„Aber es gibt auch jene, die schon die Technik verwenden, aber immer wieder vor Hürden stehen“, erlebt Johannes Michel. Ihnen zeigt er Kniffe und ermutigt sie weiter zu probieren. Die digitale Missionsarbeit der KAB Bamberg richtet sich besonders an Menschen im höheren Erwachsenenalter. Im Schnitt sind die Interessierten Fünfzig-Plus.“ Männer und Frauen halten sich die Waage, auch wenn es bei einer Veranstaltung vorgekommen ist, dass nur ein Mann dabei war.

Unterstützen kann Michel immer: So konnte er nach einer Veranstaltung unter anderem einer älteren Frau helfen. Sie trug eine hochmoderne Smartwatch (Armbanduhr-Computer) am Handgelenk, aber konnte diese nicht mit ihrem Smartphone verbinden. „Mit wenigen Klicks haben wir es dann gemeinsam geschafft und die Frau war glücklich.“

Das Angebot der KAB ist für die Besucherinnen und Besucher kostenfrei. Um teilzunehmen kann man sich auf der Homepage der KAB Bamberg (www.kab-bamberg.de) anmelden.

Die Förderung des KAB Medien-Mobil durch das Bayerische Verbraucherschutzministerium läuft vorerst bis zu den Sommerferien Ende Juli. Das KAB-Bildungswerk Bamberg, das seit 2016 das Siegel „Stützpunkt Verbraucherbildung Bayern“ trägt, hofft, dass die Landesförderung weiterläuft, damit noch mehr Menschen mit der KAB sicher ins Internet kommen.



Anzeige

Traumhafte Tage im bayerischen Wald mit Ihrer Reisegruppe



- Planen Sie schon Ihre nächste Gruppenreise?
- ein Haus mit besonders hohem Freizeitwert
- gemütliche Komfortzimmer
- Wahlmenüs m. regionalen Produkten, Salatbuffet
- Frühstücksbuffet m. hausgem. Köstlichkeiten
- neue großzügige Bäderlandschaft mit Saunen und Ruheoasen zum Wohlfühlen
- Massage & Kosmetiksalon
- Historischer Weinkeller mit einem Rittermahl- der Höhepunkt Ihrer Reise
- 2 Kegelbahnen, Tanzbar
- Zentrale Lage für Ausflugsfahrten nach Passau, Österreich oder in den Böhmerwald usw.

7 Tage ab
357,- €
HP/p. P.

ROMANTIK POSTHOTEL
Fam. Dafinger · 94133 Röhrnbach · Marktplatz 1
Tel. + 49 (0) 85 82 - 80 88

www.romantik-posthotel.de

DV MÜNSTER

125 Jahre Kampf für gute Arbeit

Am 3. Juni feiert die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung im Bistum Münster ihr 125-jähriges Bestehen. Mit vielen Aktionen über das ganze Jahr hin, hat der Diözesanverband an unterschiedlichen Orten und mit unterschiedlichen Veranstaltungen das Jubiläum begangen und das Bestehen seit 1898 gewürdigt. Für Sonnabend, dem 3. Juni, lädt der Diözesanverband zur Jubiläumsfeier ins Konzilshaus in Haltern zu einem feierlichen Gottesdienst und Work-

shops für Groß und Klein, sowie mit Musik und Erzählcafés ein. „Miteinander für gute Arbeit und ein gutes Leben kämpfen – das gilt 125 Jahre später noch immer“, so der Diözesanverband. Unter dem Motto „Zeit für ein besseres Arbeitsleben“ zeigt die KAB, dass damals wie heute der Kampf für gute Arbeit fortbesteht.



DV ROTTENBURG-STUTTGART

Rückenwind für Kinder mit Gegenwind

Lena ist elf Jahre alt und musikalisch. Sie will Klarinette lernen. Doch für die Familie mit vier Kindern reicht das Geld nicht aus, um ihr den privaten Musikunterricht zu finanzieren. „Solche Kinder brauchen Rückenwind“, weiß Akos Csernai-Weimer. Der KAB-Diözesansekretär vertritt die KAB des Bistum Rottenburg-Stuttgart in der ökumenischen Aktion „Rücken-

wind“. Das Trägerbündnis setzt sich für Kinder aus einkommensschwachen Familien ein, um ihnen mit unterstützendem Rückenwind Chancen zur Teilhabe im Sportbereich, bei Musikvereinen, in der Schule und vielem mehr zu ermöglichen. „Jedes fünfte Kind in Baden-Württemberg ist von Armut bedroht, so auch im Landkreis Göppingen“, so Csernai-Weimer.

DV TRIER

Spende für Brummi-Fahrer

Zu konkreter Solidarität mit den streikenden Lkw-Fahrern aus Usbekistan und Georgien hat der KAB Diözesanverband Trier aufgerufen. Mit einem Spendenkonto hat die KAB die knapp sechzig Fahrer, die auf ihren Lohn warteten, unterstützt, damit sie sich vor Ort mit Nahrungsmitteln versorgen können. Die Fahrer einer polnischen Spedition hatten auf dem Rasthof Gräfenhausen-West an der Autobahn A5 ihre Fracht gestoppt, um

ihren Lohn einzufordern. Damit die Fahrer ihren Streik nicht aufgeben mussten hatte die KAB Tier in Kooperation mit Faire Mobilität, dem Beratungsnetzwerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Durchsetzung von gerechten Löhnen und fairen Arbeitsbedingungen für Beschäftigte aus den mittel- und osteuropäischen EU-Staaten auf dem deutschen Arbeitsmarkt, ein Spendenkonto eingerichtet (siehe auch Seite 26).

DV BAMBERG

Hilfe für die Ukraine

Die Spenden in Höhe von 8700 Euro konnte der KAB Diözesanverband Bamberg an die gemeinnützige Organisation „Bamberg UA – Hilfe für die Ukraine“ übergeben. „Die Ziele von Bamberg UA e.V. passen gut zum Ansinnen der KAB Bamberg: Wir sind eine Bewegung für soziale Gerechtigkeit, wir verurteilen humanitäres Unrecht und unterstützen Menschen in Notlagen“, betont Ingrid Schumann, Diözesanverbandsvorsitzende. Die Initiative wurde bereits 2017 von ukrainischen Studierenden der Uni Bamberg ins Leben gerufen und hat inzwischen mit Spenden 24 Krankenwagen, 33 Evakuierungsfahrzeuge und 17 Busse sowie medizinisches Gerät für die Kliniken in Lwiw und Chernjhy vermitteln können. „Wir freuen uns sehr, dass 62 Spenderinnen und Spender unserem Aufruf gefolgt sind und damit der Ukraine zur Seite stehen“, so Diözesanvorsitzende Schumann.

DV AACHEN

Gegen Ausbeutung in der Pflege

Die KAB Aachen, das Bistum und die Initiative Amos bieten mit der Aktion Respekt Pflegekräften aus Osteuropa Sprachkurse und regelmäßige Treffen an sechs verschiedenen Standorten an. Die Pflegerinnen, aus Rumänien, Polen, Bulgarien oder der Ukraine kommen meist für drei Monate, um ältere Menschen zu pflegen. Arbeits- und Bereitschaftszeiten bis zu 22 Stunden am Tag, ohne Krankenversicherung, oft ohne Arbeitsvertrag und soziale Kontakte. Über eine Homepage (respectcare.de) soll nun den Betroffenen geholfen werden, Kontakte zu knüpfen und sich über ihre Rechte zu informieren. Die



Hilfe für osteuropäische Pflegehilfskräfte leistet die KAB mit anderen Initiativen im Bistum Aachen. Foto: KAB

Situation der Wanderarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer sei äußerst prekär, betont Amos-Vorstand Johannes Eschweiler, der mit seiner Initiative den Kettelerpreis der KAB-Stiftung ZASS vor drei Jahren erhalten hat.

LAG NRW

Bildungsarbeit nach Corona

Die Landesarbeitsgemeinschaft der KAB Bildungswerke und -häuser in NRW hat bei einem Treffen in Essen sich über die verschiedenen Entwicklungen im Bildungsbereich ausgetauscht. Neben den Veränderungen durch das Inkrafttreten des neuen NRW-Weiterbildungsgesetzes im letzten Jahr stand auch die Integration neuer Technologien und digitaler Formate in die Bildungsarbeit, die Anpassung der Lehrpläne und Curricula an die neuen Anforderungen sowie die Gestaltung der Lehr- und Lernmethoden auf dem Programm. Ein weiteres zentrales Thema waren die Auswirkungen der Corona-Krise und die explodierenden Energie- sowie Lebensmittelkosten auf die Bildungsarbeit in den Häusern. Insgesamt war das Treffen der LAG ein wichtiger Schritt in Richtung einer zukunftsorientierten und innovativen Bildungsarbeit.“

DV LIMBURG

„WERTvoll arbeiten“ und Mitglieder gewinnen

Das KAB-Thema „WERTvoll arbeiten – menschenwürdig statt prekär“ hatten die KAB-Mitglieder Sebastian Alt, Rainer Petrak, Marion Novatius, Paul Dittmar und Martin Mohr in der Frankfurter Innenstadt buchstäblich unter die Passanten gebracht. In der Main-Metropole leben viele Menschen in prekären Lebens- und Arbeitssituationen, die von ihren Problemen berichteten und anonyme Fragebögen beantworteten. Am Ende konnten gleich zwei neue Mitglieder begrüßt werden und beim „Glücksrad“ einer Gewinnerin ein Gutschein für ein Wochenende im Heinrich-Lübke-Haus in Günne überreicht werden.



Mitgliederwerbung zwischen Zeil und Römerberg. Foto: KAB

DV EICHSTÄTT

CAH unter einem Dach

Aus Spargründen hat die Christliche Arbeiterhilfe Neumarkt im Bistum Eichstätt die Büroräume umquartiert in die Verkaufshalle des Gebrauchtwarenmarktes. Die CAH ist 1989 als Sozialwerk der KAB gegründet worden. Bei der Segnung der neuen Räume waren auch die Gründungsmitglieder Georg Jantke, Helga Franz und Karlheinz Heumann anwesend. Obwohl es in Neumarkt nur etwa zwei Prozent Arbeitslosigkeit gebe, so CAH-Vorsitzender Peter Lanzhammer, gebe es nach wie vor 580 Langzeitarbeitslose, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Anstellung finden. Mit dem Umzug konnten 25.000 Euro jährlich eingespart werden.

WERBUNG AM GARTENZAUN

NEUMARKT. Wer nicht wirbt, stirbt. Der alten Weisheit hat sich nun die KAB in Neumarkt entgegengestellt und Verband und Verein sichtbar gemacht. In bayerischen Neumarkt und Umgebung gibt es seit einigen Monaten eine Straßenwerbung der anderen Art – motiviert in einem Workshop zur Mitgliederwerbung wurden zwei KAB-Transparente gestaltet, die nun durch die Ortsverbände „wandern“. Da, wo Platz ist und rechtlich alles abgesichert ist, hängen nun Werbepлакate für die KAB. So an einem Gartenzaun in Neumarkt.



Beispiel für eine sichtbare KAB. Werbung am Gartenzaun.

Foto: KAB

CHRISTSEIN HEISST HANDELN

ASCHAFFENBURG/ERLENBACH. Gemeinsam mit Naturschützern und Anwohnern hatte sich der ehemalige KAB-Bundesvorsitzende Rudi Großmann mit der Initiative „Christsein und Handeln“ gegen einen massiven Flächenverbrauch in Erlenbach durch die Erweiterung des Industrie-Centers-Oberburg (ICO) gestellt. „Alle sind wir an unser eines, gemeinsames Haus, die Erde gebunden“, so Rudi Großmann, Sprecher der Initiative. Ein erneuter Bürgerentscheid sollte die Beschlüsse der Gemeinde zurücknehmen. In der jüngsten Bürgerversammlung Mitte April konnte die Initiative einen kleinen Erfolg verbuchen, denn die Stadt hat die Beschlüsse zurückgenommen. Zuvor hatten die Initiatoren den Bürgerbescheid trotz vieler Unterschriften ebenfalls zurückgenommen.



Der ehemalige stellvertretende Bundesvorsitzende Rudi Großmann (2. von rechts) setzt sich für den Erhalt der Schöpfung ein.

Foto: KAB

NEUER PRÄSES – NEUE MITGLIEDER

ROSENBERG. Nach der Corona-Pandemie ist es wieder möglich: Wanderungen, Gymnastik für Senioren, Bergfest, Dialektlesungen und gemeinsames Singen bietet die KAB Herz-Jesu wieder an. So konnten auf der Jahreshauptversammlung gleich sechs neue Mitglieder aufgenommen werden, berichtet Gisela Illner. Neu ist auch Orts-Präses Arul Antonyamy, der KAB-Präses Saju Thomas nach 14 Jahren ablöste.

JUGEND STÄRKER BETEILIGEN

MÜHLHAUSEN/THÜRINGEN. Tomm Reinhardt vom KAB-Bildungszentrum in Mühlhausen baut im Thüringer Landkreis eine mobile Jugendarbeit auf. Reinhardt, der bisher Jugendpfleger für Schlotheim und Umgebung war, ist nun mit seinem Team gleich für die Jugendarbeit in 38 Ortschaften zuständig. Neben Beteiligungsangeboten geht es auch um die Probleme von Jugendlichen. Von Beziehungsproblemen, über Stress im Elternhaus, Leistungsdruck in der Schule bis hin zu Drogen und Alkohol ist alles dabei. Das Hauptaugenmerk der Jugendarbeiter liegt vor allem auf der jüngeren Generation. Viele Jugendtreffs seien in den vergangenen drei Corona-Jahren eingeschlafen, viele Kinder und Jugendliche hatten in dieser Zeit kaum Möglichkeiten, unter sich zu sein. „Die Treffs an neutralen Orten sind für die Jugendlichen außerhalb von Schule und Familie wichtig. Als Rückzugsort und als eigenes Refugium“, erklärt Tomm Reinhardt. Dabei arbeiten die Jugendlichen mit, die Räume zu gestalten. Neben Jugendclubs und Jugendtreffs sind Reinhardt und sein Team auch als Streetworker unterwegs. „Wir treffen die Kinder und Jugendlichen an ihren Treffpunkten und fragen nach, wo es Probleme gibt und was sie brauchen“, erklärt der neue Jugendkoordinator. Zu diesen Treffpunkten gehören unter anderem Spielplätze, Bushäuschen oder Gartenlauben.



Tomm Reinhardt kümmert sich im Landkreis Mühlhausen um die Probleme der Jugend.

Foto: KAB

DEUTSCH LERNEN MIT DER KAB

RECKE. Das Bildungswerk der KAB Münster bietet für Flüchtlinge Deutschkurse in Recke an. Die Teilnehmenden kommen aus den unterschiedlichsten Ländern und mit unterschiedlichen Sprachen ins Seminar. Mit der KAB lernen sie die ersten Schritte im Umgang mit der deutschen Sprache. Die Sprachbarriere ist die größte Hürde für offizielle Schreiben, Alltagssituationen wie Einkäufe oder Behördenbesuche.



Die Teilnehmenden des KAB-Deutschkurses in Recke.

Foto: Weßling

KAB FÖRDERT ABENTEUERSPIELPLATZ

BERGISCH GLADBACH. Pünktlich fürs sonnige Frühjahr wurde der Abenteuerspielplatz an St. Marien Gronau fertig. Die KAB Gronau hatte gemeinsam mit dem Förderverein der Gemeinde und der Stadt den Treffpunkt für junge Menschen unterstützt. Doch auch für Familien steht der Platz offen. So hatte die KAB Gronau zum Maifest Jung und Alt unter den Maibaum eingeladen.



Förderer mit Herz für Jung und Alt. Hans Mittler (Mitte) vom Kreisverband war bei der Eröffnung Mitte April dabei.

Foto: A. König

SCHERBENHAUFEN FÜR ARBEITSPLÄTZE

UNTERMAIN. Die KAB Untermain und die Betriebsseelsorge haben sich hinter die Arbeitnehmer des Autospiegelherstellers Magna gestellt, nachdem die Unternehmensleitung angekündigt hatte, das Werk in Dorfprozelten zum Jahresende 2025 zu schließen. Betroffen sind 470 Beschäftigte und ihre Familien. „Wir fühlen mit den Betroffenen, die in existenzielle Sorgen gestürzt wurden und sagen ihnen unsere Solidarität zu. Als KAB und Betriebsseelsorge machen wir uns dafür stark, dass die Arbeitskräfte nicht nur als Kostenfaktor gesehen werden, sondern dass sie als Menschen im Mittelpunkt der Wirtschaft stehen müssen“, so die gemeinsame Stellungnahme zu den Schließungsplänen. IG-Metall und Betriebsrat hatten zuvor mit dem kanadischen Unternehmen einen Ergänzungstarifvertrag gemacht, um den Standort zu sichern. Für die Gewerkschaft sind die Schließungspläne ein „Vertragsbruch“.



Mit der Schließung des Autospiegelherstellers Magna sind viele Arbeitsplätze in der strukturschwachen Südspessart betroffen. Foto: IG-Metall

Kanzelrede und Kanzler-Postkarte

Die Aktionen der KAB am Tag der Arbeit waren in diesem Jahr sehr unterschiedlich. Neben den direkten Beteiligungen am 1.-Mai-Marsch in vielen Städten machte die KAB auf prekäre und wertvolle Arbeit aufmerksam. So startete der KAB-Diözesanverband Aachen eine Postkarten-Aktion am Tag der Arbeit und solidarisierte sich mit den Beschäftigten im Niedriglohnbereich und in prekären Arbeitsverhältnissen. „Wir haben den Leittrag des KAB-Bundesverbandes „WERTvoll arbeiten – menschenwürdig statt prekär“ aufgegriffen und jeder kann mit dieser Postkarte an Bundeskanzler Olaf Scholz seine Stimme gegen prekäre Arbeit abgeben“, erklärt Günter Weber, Aachener KAB-Sekretär in Mönchengladbach. Der Aufforderung an Scholz, den Koalitionsvertrag umzusetzen und die Tarifflucht der Arbeitgeber im Bund und den Ländern zu unterbinden. „Die Tarifflucht verschärft die prekären Einkommenssituationen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Gleich-

zeitig ist sie ein Anschlag auf den Sozialstaat und die Sozialversicherungen“, teilt die KAB Aachen mit der Postkarte Kanzler Scholz mit.

In Bremen hat die KAB gemeinsam mit dem DGB und dem Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt zur Kanzelrede in der Marktkirche Unser Lieben Frauen den ehemaligen EKD-Ratsvorsitzenden Nikolaus Schneider eingeladen. Der Gottesdienst mit der Kanzelrede von Schneider zum Thema „In Ängsten – und siehe wir leben“ wurde über Radio Bremen live übertragen.

Per Live-Stream wurde auch die zentrale DGB-Veranstaltung übertragen.

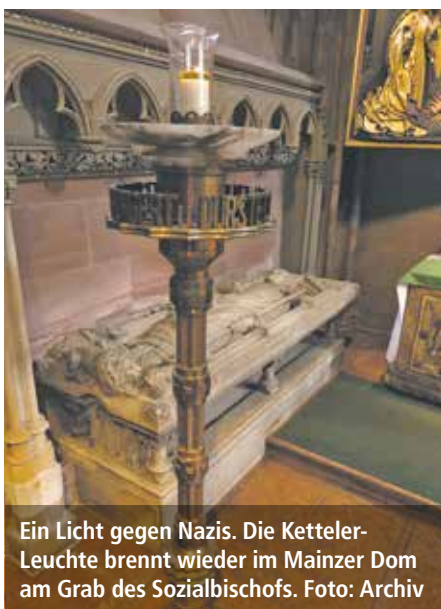


Ungebrochene Solidarität: KAB-Stadtverbandsvorsitzende Hildegard Lülsdorf Seit an Seit mit DGB-Vorsitzender Yasmin Fahimi in Köln.

Foto: Rabbe

Hauptrednerin war DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi. Der KAB-Stadtverband informierte bei der Kundgebung über prekäre Arbeit. Hildegard Lülsdorf, stellvertretende KAB-Diözesanvorsitzende im Erzbistum Köln führte zeitweise Seite an Seit mit Fahimi den Kundgebungszug an.

Ketteler-Leuchter – Licht der KAB



Ein Licht gegen Nazis. Die Ketteler-Leuchte brennt wieder im Mainzer Dom am Grab des Sozialbischofs. Foto: Archiv

MAINZ/WALSUM. Bergarbeiter der KAB in Walsum nahmen im Juli 1934

aus dem Hochofen ihrer Zeche Feuer, das für den Leuchter am Grab von Wilhelm Emmanuel von Ketteler bestimmt war. Diesen Leuchter hatten KAB-Arbeiter gestiftet. Er zeigt typische Symbole der Arbeiterschaft wie Zirkel und Kelle sowie Sichel und Ähren. Jahrzehntlang fehlte dem Leuchter eine zugehörige Fahne aus Metall. Seit Ende März ist der Leuchter am Grab von Ketteler wieder vollständig. Damals am 12. Juli 1934 entflamte das Feuer aus dem Walsumer Hochofen einen Protestmarsch gegen Hitlers Regime, das zuvor die katholischen Arbeitervereine verboten hatte. Von Walsum aus wurde das Feuer in die Kirche St. Alberti in Münster getragen, wo Bischof von Ketteler getauft und geweiht worden war. Hier wurde das Feuer gesegnet und nach Mainz

ans Grab von Ketteler in der Marienkapelle gebracht, wo es der damalige Bischof Ludwig Maria Hugo auf den Ketteler-Leuchter übertrug. Nationalsozialisten hatten im Vorfeld der Lichtermesse die Gedenkfeier gestört und vor dem Dom Lautsprecher installiert, aus denen eine Reichstagsrede Hitlers ertönte. Die 10.000 Arbeiter der KAB, denen erst nach der Rede Hitlers erlaubt war, ihre Segensmesse zu feiern, ignorierten die einstündige Hetzrede und beteten ostentativ in der Zeit den Rosenkranz. Nach seiner Predigt hatte Domkapitular Georg Lenhardt den KAB-Arbeitern das Gelöbnis abgefordert, sich jährlich am 13. Juli am Grab von Ketteler zu treffen. Bis heute treffen sich KAB-Mitglieder jährlich am Grab, um an den Sozialbischof zu erinnern.

Mit gemeinsamer Zeit gegen Einsamkeit

Die wachsende Individualisierung von Arbeitszeiten und die starke Zunahme von flexiblen Arbeitszeitmodellen tragen zur Isolierung und Vereinsamung nicht nur in der Arbeitswelt bei“, erklärte Bundespräsident Stefan Eirich im Europaparlament in Brüssel. Zu dem Thema „Arbeit und Einsamkeit: Qualitativ hochwertige Ruhezeiten für eine bessere psychische Gesundheit der Arbeitnehmer“ hatte die slowenische Europaabgeordnete und Schirmherrin der Europäischen Sonntagsallianz Miriam Lexmann (EVP) ins Parlament eingeladen. Neben der KAB nahmen auch Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaften, Sozialverbänden, Arbeitgeberorganisationen sowie EU-ParlamentarierInnen teil.

„84 Millionen Menschen in Europa sind von Einsamkeit betroffen, das ist jeder sechste Mensch“, betonte Colin Scicluna, Kabinettschef der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission. Bundespräsident Eirich, der auch als Vertreter der Europäischen Sonntagsalli-

anz an dem Austausch teilnahm, stellte die Notwendigkeit eines gemeinsamen wöchentlichen Ruhetages wie den Sonntag hervor. „Wer überwiegend im Homeoffice arbeitet, ohne Bindung an ein Team, der

droht über kurz oder lang in der sozialen Isolation zu landen. Wöchentlich wechselnde Arbeitszeiten mindern zudem stark die Möglichkeit, sich mit anderen in der Freizeit zu verabreden oder am Leben von Vereinen, Interessengruppen oder anderen regelmäßig sich treffenden Gemeinschaften teil-



Forderte vor EU-Abgeordneten in Brüssel einen arbeitsfreien Sonntag und gemeinsame Zeit gegen Einsamkeit: Bundespräsident Stefan Eirich von der Allianz für den freien Sonntag. Foto: Alix de Wasseige

zunehmen“, so Eirich, der im Rahmen der Sonntagsallianz von der EU-Kommission eine Forschungsstudie über die positiven Auswirkungen einer qualitativ hochwertigen Ruhezeit und insbesondere eines gemeinsamen wöchentlichen Ruhetags forderte.

Grundeinkommen trifft Politik



Sieht in der KAB einen wichtigen Mitstreiter in Sachen Kindergrundsicherung und Grundeinkommen: Beate Müller-Gemmeke

Kindergrundsicherung und ein existenzsicherndes Grundeinkommen gehören zusammen. Dies wurde beim Treffen „Grundeinkommen trifft Politik“ deutlich, welches das KAB-Kompetenzzentrum Grundein-

kommen mit der Bundestagsabgeordneten und Sprecherin für ArbeitnehmerInnenrechte und aktive Arbeitsmarktpolitik von Bündnis 90/Die Grünen, Beate Müller-Gemmeke, online veranstaltete. Während die Koalitionsparteien noch über die konkrete Ausgestaltung der Kindergrundsicherung streiten, waren sich Müller-Gemmeke und die Mitglieder des Kompetenzzentrums

einig, dass die Kindergrundsicherung mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet und schnellstmöglich eingeführt werden muss. „Mir ist es ein Herzensanliegen, dass jedes Kind gleich viel wert ist und verdeckte

Armut verhindert wird“, so die Grünen-Politikerin. Für die KAB und Müller-Gemmeke wäre das ein wirklicher Durchbruch im Ringen um die Vermeidung von Kinderarmut. KAB-Bundesvorsitzende Beate Schwittay hatte mehrmals öffentlich von der Ampel-Koalition gefordert, die im Koalitionsausschuss vereinbarte Einführung einer Kindergrundsicherung schnell umzusetzen. „Die Kindergrundsicherung darf nicht durch Kürzungen an anderer Stelle gegenfinanziert und zum Nullsummenspiel für Familien werden.“ Als Verfechterin des bedingungslosen Grundeinkommens wünscht sich Müller-Gemmeke, dass die KAB an der Idee des Grundeinkommens festhält.



14. Generalversammlung der WBCA

Im französischen Lourdes, einem der großen Wallfahrtsorte der Christenheit, fand die 14. Generalversammlung der Weltbewegung Christlicher Arbeitnehmer (WBCA) statt. Die KAB Deutschlands vertrat Bundespräsident Stefan Eirich. Ihn befragte die Impuls-Redaktion zu den Ergebnissen.

Impuls: Herr Eirich, die Auswirkungen der Corona-Pandemie trugen dazu bei, dass die 14. Generalversammlung verschoben werden musste und erst verspätet stattfinden konnte. Wie war die Atmosphäre?

Bundespräsident Eirich: Sie war von Dankbarkeit geprägt, weil man sich endlich wieder in Präsenz treffen konnte. Aber gleichzeitig auch von Nachdenklichkeit hinsichtlich der Umstände, die durch die abgelaufenen Amtszeiten eingetreten sind. Das wurde darin deutlich, dass man jetzt konsequent und systematisch die entstandenen Probleme abarbeiten will.

Dies war auch sehr emotional, weil eben in den vergangenen zwei Jahren improvisierende Überbrückungslösungen getroffen werden mussten. Insgesamt war es aber eine konstruktive Arbeitsatmosphäre, damit alles wieder in geordnete Bahnen kommt.

Impuls: Sie haben die verlängerte Amtszeit angesprochen. Es gab Neuwahlen an der Spitze der WBCA. Was erhofft man sich von der Neubesetzung?

Bundespräsident Eirich: Wir alle in der WBCA erhoffen nun eine Verbesserung der Kommunikation. Der Kontinente untereinander, aber auch innerhalb der Kontinente zwischen den Ländern. Dies wird deutlich beim neugewählten Generalsekretär Evariste Nsengumuremyi aus Ruanda. Er spricht Französisch und Englisch. Dies ist wichtig, denn man setzt

jetzt darauf, dass man jeweils einen Repräsentanten bzw. Repräsentantin pro Sprachgruppen in Afrika in Zukunft hat. Zudem wird durch eine Statutenänderung eine dritte Person die Inselgruppen im Indischen Ozean vertreten.

Impuls: Es wurde nicht nur der Generalsekretär neu gewählt ...

Bundespräsident Eirich: Richtig. Auch mit der Wahl von Gabriele Kienesberger aus Österreich ist eine wichtige Kontinuität im Bereich Finanzen gesetzt worden.

Impuls: Sie sind auch gewählt worden ...

Bundespräsident Eirich: Mit meiner Wahl ist natürlich auch verbunden, dass die KAB gemeinsam mit der französischen ACO weiterhin ihre organisatorischen und finanziellen Kompetenzen zum Wohl der Weltgemeinschaft einbringt.

Impuls: Welche Themen spielten neben den Wahlen eine herausragende Rolle bei der Versammlung?

Bundespräsident Eirich: Es gab zwei Themen. Zum einen stand – und das über alle Kontinente hinweg – als Haupt-





thema das Schicksal der Migrantinnen und Migranten im Mittelpunkt. Und das natürlich auch durch die Verwerfungen des Angriffskrieges gegen die Ukraine. Die Veränderungen der Warenströme und die Verteuerungen der Nahrungsmittel. Aber auch zuvor hatte bereits Corona die Situation der Wanderarbeiter verschlechtert und ihre Zahl vergrößert. Der Konkurrenz- und damit auch der Überlebenskampf am unteren Ende der Liefer- und Produktionskette wird immer brutaler.

Zu diesem Migrationsproblem haben einige WBCA-Bewegungen Initiativen gegründet, die speziell diesen Menschen helfen. So etwa auf den Philippinen, wo Rückkehrer aufgrund von Corona, aber auch die Zurückgelassenen, Kinder und Familien der Wanderarbeiter betreut werden.

Dieses Thema, das die europäischen Bewegungen eingebracht haben, ist eng verbunden mit Lieferketten. Wir sprechen auch von ethischer Wachsamkeit. Wie sind welche Firmen unterwegs, wo werden Menschen- und Arbeitsrechte nicht beachtet? Hier kann die WBCA durch ihre Bewegungen vor Ort entsprechend zeitnah auf Verletzungen von Arbeitsrechten oder Zerstörungen der Umwelt reagieren. In diesem Zusammenhang wollen wir in der WBCA stärker auf die Bedingungen und Folgen von Großereignissen für Wanderarbeiter schauen. Dies haben wir von der KAB bereits bei der Fußball-WM in Katar gemacht. Aber auch die Olympischen Spiele in Paris wollen wir gemeinsam mit der ACO in den Blick nehmen.

Impuls: Und das zweite große Thema der Tagung?

Bundespräsident Eirich: Das ist die Bildung. Das Thema ist nicht neu, aber wir sehen, dass Bildung gezielt zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse weltweit beitragen kann. Nicht nur im Sinne von Aneignung von Fähigkeiten, sondern auch umfassend ethische Bildung, der Bewusstseinsbildung für Menschenrechte. Aber auch in der Auseinandersetzung mit der sozialetischen Botschaft der Bibel.

Impuls: Welche Aufgaben stehen jetzt beim Internationalen Rat an?

Bundespräsident Eirich: Da sind die Umsetzungen der neuen Grundsatzbeschlüsse. Der Internationale Rat muss dafür sorgen, dass die Themen Bildung und Migration dauerhaft implementiert und in den Bewegungen vor Ort umgesetzt werden. Der Rat muss die kommunikative Plattform dafür schaffen. Da sehe ich gute Ansätze, da der neue Generalsekretär aus der Medienbranche kommt.

Insgesamt hat die WBCA nur eine Chance, wenn sie intern aber auch extern die Kommunikation verbessert. Das schließt die Vernetzung mit anderen weltweiten Organisationen, die sich um Arbeitnehmerrechte kümmern, ein. Beispielsweise der ILO, wo sich die WBCA auch einbringen kann.

_____ Anzeige



„Wir müssen dafür sorgen, dass die Uhr in Bezug auf Frauenrechte vorwärts läuft. Die Zeit zum Handeln ist gekommen.“

UN-Generalsekretär Guterres

Spenden Sie unter dem Verwendungszweck „Hilfe-23“ an den Weltnotwerk e.V.

IBAN: DE80 3706 0193 0016 1510 25
BIC: GENODED1PAX

und unterstützen Sie unsere Arbeit in Tansania!



Gräfenhausen ist überall

Lkw-Fahrer streikten fünf Wochen für ihren ausstehenden Lohn



Die Fahrzeuge der streikenden Lkw-Fahrer in Gräfenhausen-West sind zum Symbol des Widerstandes gegen unmenschliche Arbeitsverhältnisse im Transportwesen geworden.

Sie liefern täglich Waren für Ikea, Mercedes, General Electric, Bauhaus oder andere Unternehmen in Deutschland. Sie sind oft Wochen, manchmal sogar Monate auf den europäischen Straßen unterwegs, ohne nach Hause zu kommen. Von ihren Speditionen, die sie mit Hungerlöhnen abspesen, werden sie angehalten, Lenkzeiten zu überschreiten und jeder Kratzer am Lkw wird ihnen in Rechnung gestellt, bzw. vom Lohn abgezogen. Den Lohn erhalten sie meist Monate später.

Schlägertrupps überfielen Streikende

So, wie die über sechzig Brummifahrer aus Georgien und Uzbekistan, die fünf Wochen lang auf dem südhessischen Autobahnrastplatz Gräfenhausen-West ihre blauen Lkws gestoppt hatten, um ihre Lohnforderungen von über 303.000 Euro von der polnischen Spedition Lukmaz-Ag-maz-Imperia der Familie Mazur zu bekommen. Die Zahl ihrer ausstehenden Zahlungen haben die Fahrer auf die Lkw-Planen geschrieben.

Fünf Wochen streikten sie und hielten die Lkws samt Ladung fest. Zwischenzeitlich eingesetzte Schlägertrupps des polnischen Unternehmens, die Fahrzeuge zu entwenden, scheiterten durch den Einsatz deutscher Polizeikräfte. Ingrid Rheidt, KAB-Mitglied und Betriebsseelsorgerin im Bistum Mainz, unterstützte die Brummifahrer bei der Durchsetzung ihrer Forderungen. Mit dem vorenthaltenden Lohn

konnten sie nicht nur ihre Familien nicht versorgen, sondern ohne Geld können sie auf den Rasthöfen nicht einmal auf die Toilette gehen. Die KAB Trier hatte gemeinsam mit der DGB-Initiative Faire Mobilität ein Spen-



Solidarität mit den Fahrer bewiesen Betriebsseelsorgerin Ingrid Rheidt und Anna Weirich von Faire Mobilität. Fotos: Privat

denkonto eingerichtet, um die Versorgung der Brummifahrer während ihres Streiks zu unterstützen. „Sie wurden wie Tiere behandelt und haben wie Löwen gekämpft“, so Edwin Atema von der RTDD-Gewerkschaft.

Internationale Solidarität

Kurz vor dem 1. Mai, dem Tag der Arbeit, erhielt der letzte Fahrer seinen Lohn auf dem Konto. „Ein großartiger Erfolg gegen strukturelle Arbeitsausbeutung. Der Mut der Kollegen zum Streik, ihre Beharrlichkeit und die breite Solidarität wurden belohnt!“, freut sich Betriebsseelsorgerin Ingrid Rheidt.

Die Solidarität war groß. Am Rastplatz Gräfenhausen zeigten die vorbeirauschenden Brummifahrer ihre Solidarität mit Hupkonzerten. Der Streik wurde europaweit bekannt. Die Europaabgeordnete Gabriele Bischof besuchte die Fahrer auf dem Rastplatz. „Dieser Streik zeigt exemplarisch die ausbeuterischen Bedingungen, unter denen insbesondere auch Personen aus Drittstaaten in der EU arbeiten. Auch die mangelhafte Umsetzung und Kontrolle von bestehenden EU-Regelungen durch die Mitgliedsstaaten trägt zu den Problemen bei.“ Die Gewerkschafterin und SPD-Politikerin hat daher das Thema Ausbeutung auf Europas Straßen auf die Tagesordnung des EU-Parlaments gesetzt.

Dass Gräfenhausen überall in Europa ist, zeigen KAB-Gruppen und Betriebsseelsorger in vielen Diözesen seit Jahren mit öffentlichen Aktionen an den Autobahnraststätten zu Weihnachten oder Ostern, wo sie nicht nur ihre Solidarität bekunden, sondern zuhören und Beratungsangebote machen. „Die Situation der Lkw-Fahrer aus Georgien und Uzbekistan offenbart einmal mehr skandalös, wie die Politik wegschaut, wenn Sklavenarbeit auf deutschen Autobahnen tagtäglich stattfindet“, beklagte KAB-Bundesvorsitzender Andreas Luttmer-Bensmann. „Wir brauchen nicht nur ein europäisches Lieferkettengesetz, dass die Produktions- und Lieferketten nach Europa und Deutschland aufgreift, sondern verstärkt auch Kontrollen auf den Lieferwegen innerhalb von Europa“, erklärt Luttmer-Bensmann. Die ausbeuterischen Arbeitsverhältnisse in den Führerhäusern des Transportwesens sind ein Ergebnis nationaler wie europäischer Politik. So erschwert die Nichtanerkennung der osteuropäischen Führerscheine es deutschen Firmen, Lkw-Fahrer anzustellen und fair zu bezahlen. Fahren auf deutschen Straßen erlaubt, aber Einstellungen nicht möglich. „Firmen wie Ikea, VW oder Mercedes scheint es egal zu sein, unter welchen Arbeitsbedingungen ihre Waren transportiert werden“, so der Bundesvorsitzende. Als zwei Tage vor dem 1. Mai die Fahrer ihre Fahrzeugschlüssel übergaben und in den Reisebus stiegen, hatten die meisten von ihnen bereits einen neuen Job bei osteuropäischen Speditionen.

Masse oder Gemeinschaft? – Pfingsten 2023

Am Vorabend von Pfingsten wird in den Kirchen wahlweise die Geschichte vom babylonischen Turmbau vorgelesen. Es geht um den Gegenpart zum vom Heiligen Geist gewirkten Sprachenwunder. Gleichzeitig lässt sich erahnen, wie viele Menschen für diesen wahnwitzigen Traum von grenzenloser Machbarkeit ausgebeutet wurden. Historisch erwiesen ist, dass die babylonischen Herrscher im 6. Jahrhundert v. Chr. für ihre Großbaustellen ganze Völker deportiert haben. Ziel war es, aus Menschen eine Maximalergebnisse produzierende Masse zu formen. Auch heute ist die Extraktion, das gnadenlose Auspressen von Mensch und Material, weit verbreitet. Beispiele dafür gibt es allenthalben. Als „Klassiker“ gelten die menschenverachtenden Arbeitsbedingungen beim Abbau der für unser digitales Leben unabdingbaren Rohstoffe und immer wieder die unsäglichen Lebensumstände von Lieferanten und Plattformarbeiterinnen. Den traurigen Höhepunkt markieren die georgischen und usbekischen Fernfahrer, die auf der Autobahnraststätte Gräfenhausen durch einen wochenlangen Streik auf ihr sklavenähnliches Schicksal aufmerksam gemacht haben. Ihr Schicksal zeigt deutlich, dass es in unserer Gesellschaft fast belanglos ist, wer und zu welchen Bedingungen die Warenströme am Laufen hält. Hauptsache, „ich bekomme meine Bestellung – und zwar jetzt“.

Vor diesem Hintergrund stellt die Sprachverwirrung beim Abbruch des babylonischen Turmbaus einen regelrechten Segen dar. Ja, entgegen der üblichen Auffas-

sung weist die nun einsetzende Sprachenvielfalt darauf hin, dass die für dieses Mammutprojekt versklavten Menschen Individuen mit je eigenen Beziehungsnetzen und Muttersprachen sind. Sie haben eine Würde, die unbedingten Respekt einfordert! Wo diese (an)erkannt wird, kann Pfingsten beginnen und damit die Suche nach dem neuen verbindenden Gemeinsamen. Es ist eine der faszinierendsten Aufgaben und Herausforderungen in der Menschheitsgeschichte, dass Individuen und Gemeinschaften das größere Ganze entdecken, das sie mit Menschen anderer Zunge bilden.

Daher findet Pfingsten statt, wenn Seelsorgerinnen und Seelsorger eigens Polnisch, Georgisch oder Usbekisch lernen, um sich für das Schicksal von Migrationsarbeiterinnen besser einsetzen zu können. Es ist Pfingsten, wenn Fernfahrer durch kleine und große menschliche Gesten Solidarität erleben und erfahren, dass sie als Menschen auf Augenhöhe gesehen werden. Im großen Stil aber ist der Pfingstgeist am Wirken, wenn sich die Kirche wieder darauf besinnt, dass sie von den Menschen lernen muss, um ihnen die Frohe Botschaft in Wort und – vor allem! – Tat anbieten zu können. Der Aachener Bischof Klaus Hemmerle (†) sagte es so: „Lass mich dich lernen, dein Denken und Sprechen, dein Fragen und Dasein, damit ich daran die Botschaft neu lernen kann, die ich dir zu überliefern habe.“

Stefan-B. Eirich, Bundespräsident der KAB Deutschlands



Anzeigen

Kolping-Bruder vermietet
attraktive FeWo an Schlei und Ostsee,
barrierefrei, mit Hafen- und Ostseeblick
für 2–4 Pers., Mobil: 0157 – 50 12 87 63,
E-Mail: FeWo-auf-der-Ostsee@gmx.de



Ihr familiengeführtes Traditionsotel mit 3-Sterne Komfort im Thüringer Wald
ZUR GUTEN QUELLE
98596 Brotterode-Trusetal · Schmalkalder Str. 27 ☎ 036840-340 · www.hotel-quelle.de
36 Zimmer mit Bad oder Dusche, WC, Kabel-TV, WLAN kostenlos.
Ruhige, zentrale Lage. Barrierefreier Eingang, Lift, behindertengerechte Zimmer.
Wellness, Fitness, Saunalandschaft, Kegelbahn, Außenanlage.
Thüringer Küche + Gruppenräume + GruppenermäÙigung.
Ein guter Ausgangspunkt zu den schönen Sehenswürdigkeiten Thüringens,
z. B. Erfurt, Weimar, Eisenach, Schmalkalden, Gotha, Suhl, Oberhof u.s.w.
Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Attraktive Gruppenpreise



Paul Schobel

Arbeit braucht Solidarität

Wer in die Gesichter der Arbeiter schaut, hat der Betriebsseelsorger Paul Schobel einmal gesagt, begegnet auch dem Stolz arbeitender Menschen. Und Paul Schobel, der die Betriebsseelsorge im Bistum Rottenburg-Stuttgart mit aufbaute, hat in viele Gesichter der Arbeit geschaut. Aber arbeitende Menschen brauchen Solidarität. Daher hat der ehemalige Leiter der Betriebsseelsorge sich stets für „Gute Arbeit“ eingesetzt. Nicht zuletzt mit der von ihm gegründeten Stiftung „Arbeit und Solidarität“, die er 2004

gründete und die vor elf Jahren in der Schlecker-Pleite einen Solidarfonds für die von der Pleite betroffenen Frauen organisierte. Auch die „Paul-Schobel-Stiftung“ fördert Projekte wie die Aktion „Faire Mobilität“, um Fernfahrerinnen zu helfen. Die Ministerin für Wirtschaft und Arbeit, Nicole Hoffmeister-Kraut hat jüngst im Namen von Ministerpräsident Kretschmann Paul Schobel für sein vielseitiges soziales und gesellschaftliches Engagement die „Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg“ verliehen.

Wer Was
Wann Wo



Hartmut Rosa

Demokratie braucht Religion

„Die heutige Gesellschaft braucht die Kirche, und sie braucht die Religion“. Dies sagt der Soziologe Hartmut Rosa und kein Kardinal, der sich der Forderung „mehr Demokratie in der Kirche“ gegenübersteht. Der Wissenschaftler Rosa von der Universität Jena ist bekannt für seine Forderung nach Entschleunigung, Resilienz und Innehalten in einer immer hektisch werdenden Profitgesellschaft. „Wenn ich in eine Kirche gehe, gibt es

keine To-Do-Liste“, erklärt er in einem Interview. Die Erfahrung eines Kirchenraums ist unabhängig von Glauben. „Selbst Hardcore-Atheisten würden sagen: ein stiller Raum, ein Raum der anders ist“. Dennoch sei der Glaube an Gott wichtig, da er dem Menschen einen existenziellen Sinn gibt. „Wer sich nicht gerufen und gemeint fühlt, funktioniert auch nicht als Bürger in der Demokratie“.

§ RECHT

Recht auf Teilzeit

Kann ich vorübergehend meine Arbeitszeit reduzieren?

Seit einigen Jahren gibt es das Recht auf die sogenannte Brückenteilzeit. Das bedeutet, dass je nach Bedarf die wöchentliche Stundenzahl reduziert werden kann, wenn Kinder versorgt oder Eltern gepflegt werden müssen. Ein Antrag müsste mindestens drei Monate vorher in Textform beim Arbeitgeber vorliegen.

Wir sind etwa 20 Beschäftigte. Gilt dies auch für kleine Betriebe wie wir?

Leider nein. Der Anspruch, die Arbeitszeit zu reduzieren, besteht nur, wenn mehr als 45 Arbeitnehmer oder Arbeitnehmerinnen im Unternehmen beschäftigt sind. Ansonsten darf ein Unternehmen die Brückenteilzeit nur dann nicht gewähren, wenn schon verhältnismäßig viele andere Kollegen ihre Arbeitszeit reduziert haben oder gar betriebliche Gründe dagegensprechen.

Wie sieht es bei Eltern aus?

Die Hürden für eine befristete Teilzeit für Mütter beziehungsweise Väter sind niedriger. Voraussetzung für die Reduzierung der Arbeitszeit ist Elternzeit, wenn das Kind jünger als acht Jahre ist.

Wie kommt man aus der Teilzeit wieder raus?

Das Gesetz setzt zwar keine zeitliche Begrenzung der Brückenteilzeit fest, doch es ist ratsam, die Zeit zu begrenzen, um wieder in Vollzeit zu gehen. Wer eine zeitlich unbegrenzte Teilzeitstelle hat, kann nicht einfach aufstocken. Nach einer Elternzeit landet man zwar automatisch wieder beim vorherigen Umfang, aber es gibt keinen Anspruch vorzeitig in den Vollzeitjob zurückzukehren.

BUCHTIPPS

Selbstbestimmtes Leben für alle

Inklusion ist ein Menschenrecht. Noch mehr, es ist eine Notwendigkeit für eine Gesellschaft, dass jeder Mensch mitmachen darf und kann. Konkret bedeutet dies, dass die Gesellschaft aufgerufen ist, Strukturen zu schaffen, die es jedem Menschen – auch den Menschen mit Behinderung – ermöglichen, von Anfang an ein wertvoller Teil der Gesellschaft zu sein. Doch der Weg zu einer vollständigen Inklusion ist lang, zu lang. Zu lang wurde versäumt genügend Sensibilität, Rahmenbedingungen zu schaffen und Gemeinsames zu entwickeln. Raúl Aguayo-Krauthausen ist eine laute Stimme in Deutschland für eine echte Inklusion. Der Aktivist, selbst behindert, moderiert seit sechs Jahren die Sendung „Krauthausen – face to face“. Einen wichtigen Schritt zur Inklusion sieht er in der Arbeitswelt, wo Behinderte immer noch exklusiv behandelt werden und meist in geschützten Werkstätten bei schlechter Bezahlung arbeiten. „Werkstätten scheitern nicht nur als inklusive Maßnahme, da sie Sonderräume schaffen, die kaum durchlässig für den allgemeinen Arbeitsmarkt sind. Sie widersprechen sogar bei ihren Zusatzbedingungen der Definition von Inklusion“, so Aguayo-Krauthausen. Ihm geht es um ein selbstbestimmtes Leben für jeden Menschen. Und so gibt es nicht nur ein Recht des Behinderten, sondern „auch nichtbehinderte Menschen haben das Recht, selbstbestimmt mit behinderten Menschen zu leben“. Er schafft es durch Interviews und Gespräche, dass sich die Leserschaft mit der ungerechtfertigten Ungleichbehandlung auseinandersetzt und sich so mit aufmacht, den Weg der Inklusion weiterzugehen.

„Wer Inklusion will, findet immer einen Weg. Wer sie nicht will, findet Ausreden“, Aguayo-Krauthausen, Raúl, Rowohlt-Polaris-Verlag, Hamburg 2023



Eine neue Zeitkultur

Zeit ist bekanntlich Geld. Der Satz, der den heutigen Kapitalismus prägt, wird – unterstützt durch die Digitalisierung immer stärker zu einer Forderung, in der jegliche Zeit, die Menschen haben, verwertet, sprich kapitalisiert werden soll. *Alle_Zeit*, das Buch von Teresa Bücker, spürt der Verwertbarkeit von (unserer) Zeit nach. Der Zugriff auf Zeit ist eine Frage von Macht und Freiheit. Obwohl wir weniger arbeiten als vor 100 Jahren, die Lebenszeit der Menschen zunimmt, entsteht Zeitknappheit.

Ein wichtiger Aspekt von Bückers Ausführungen ist die Erwerbsarbeit, denn „ein erwerbsarbeitszentriertes Gesellschaftsmodell, in dem Menschen nützlich sein sollen und ihre Fähigkeiten ökonomisch verwertbar, steht nicht zuletzt Vielfalt und Inklusion entgegen“. Sie kritisiert, dass sich der Mindestlohn an einer 40-Stunden-Woche orientiert, denn dies „diskriminiert insbesondere Frauen, da sie nach wie vor den größten Teil der Care-Arbeit übernehmen“. Und so stellt sie bisherige Gleichstellungspolitik infrage. „Für mehr Gleichberechtigung sollen Frauen sich den Arbeitszeiten anpassen, die vor einem Jahrhundert entstanden.“ Autorin Bücker will deshalb eine gesellschaftliche und arbeitsmarktpolitische Debatte über die Verteilung der Zeit anstoßen, damit so eine neue Zeitkultur entwickelt werden kann. Denn für soziale Beziehungen, Sorgearbeit und Erholung bleibt zu wenig Platz, sprich Zeit.

Matthias Rabbe

Alle_Zeit – Eine Frage von Macht und Freiheit, Bücker, Teresa, Ullstein-Verlag, Berlin 2022



Post an die Redaktion

Eine Hauptaufgabe der Kirchen

Eigentlich wäre in der Öffentlichkeit einzufordern, dass der Sonntagsschutz eine Hauptaufgabe der Hauptamtlichen beider christlichen Konfessionen ist. Ich bedauere es sehr, dass das nicht mutiger geschieht. Für Ihren Einsatz als katholische Arbeitnehmer-Bewegung ein herzliches DANKE-SCHÖN.

Angelika Lehmkuhl, Treuchtlingen

Untragbare Situation

Zu: Schwerpunkt „Trotz Bildung prekär!“

Sie beschreiben in Ihren Beiträgen die prekäre Situation an den Schulen. Ich kann dies als Lehrerin nur bestätigen. Der Personalmangel erschwert nicht nur die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer, sondern mindert trotz großem Engagement auch die Zukunftschancen der Schülerinnen und

Schüler. Es ist ein Teufelskreislauf. Je weniger Lehrkräfte, um so stressiger die Arbeit der Pädagogen. Stress und Überlastung führen wiederum zu einem erhöhten Krankenstand. Und dieser folgerichtig wieder zu weniger Lehrkräften. Die Versäumnisse der Politik werden auf den Rücken der Lehrkräfte und der zu Unterrichtenden ausgetragen. Hinzu kommt, dass immer mehr Lehrkräften buchstäblich die Kräfte schwinden und sie sich daher frühzeitig in den Ruhestand verabschieden, weil sie ausgebrannt sind. Die Forderung des NRW-Schulministeriums, nur noch bedingt Teilzeit-Regelungen für Lehrkräfte zuzulassen, ist ein weiterer Schlag.

Gudrun F., Neuss

Undifferenzierte Haltung

Ich arbeite bei der KAB/HVHS Diözesanverband Paderborn als hauptamtlich pädagogischer Mitarbeiter HpM. In der Ausgabe Impuls 01/2023 erscheint ein Interview mit der

Lehrkraft Lara S. zum Thema Prekäre Arbeit in den Schulen. Frau S. hat sicherlich gute Gründe, unzufrieden zu sein. Im Kontext der Erarbeitung zum Thema: „Was ist prekär?“ empfinde ich die Haltung aber undifferenziert. Frau S. hat einen Vertrag über acht Stunden, in den sie wohl aus eigenem Antrieb eingewilligt hat. Hat man ihr damals in Aussicht gestellt, das Stundendeputat erhöhen zu können?

Ich denke, auch als ehemaliger in Teilzeit angestellter Lehrer in der Primarstufe, dass es gut ist, wenn in Schulen unterschiedliche Berufe und Berufsbiographien unter den Mitarbeitenden zu finden sind. Als Lehrer*in organisiere ich den Rahmen, in dem Kinder, Jugendliche, Erwachsene selbstorganisiert lernen können. Dazu benötige ich die entsprechende Ausbildung oder Weiterbildung, also auch didaktisches Know-How usw. Wenn ich Architektur studiert habe, muss ich das nicht unbedingt voraussetzen.

Manfred Jäger, Heimvolkshochschule der KAB im Erzbistum Paderborn

Immer schnell und umfassend informiert!

www.kab.de

IMPRESSUM



117. Jahrgang,
Hrsg.
KAB Deutschlands

Redaktion und Vertrieb
Matthias Rabbe (verantw.),
Deborah Müller
(Redaktionsassistentin)
Tel. (02 21) 77 22-1 31
Fax (02 21) 77 22-1 35
redaktion-impuls@kab.de
Bezug im Mitgliedsbeitrag
enthalten.

Ketteler-Verlag GmbH
Geschäftsführer: Alois Nock
Amtsgericht Köln, HRB 34678
Bernhard-Letterhaus-Straße 26
50670 Köln

Anzeigen und Beilagen geben
nicht die Meinung oder
Einstellung der KAB wieder.

Gesamtherstellung
Heider Druck GmbH
Bergisch Gladbach

Anzeigen und Beilagen
Joh. Heider Verlag GmbH
Nicole Kraus
kraus@heider-medien.de
Tel. (0 22 02) 95 40-336
Auflage: 65.000

Für Termine keine Haftung.
Der nächste KAB-Impuls
erscheint am:
23. August 2023
Anzeigenschluss:
24. Juli 2023

ISSN 1434-4386
www.ketteler-verlag.de

Titelbild: pixabay
Rückseite: ACA-Anzeige

www.kab.de



KAB
PODCAST

KAB jetzt zum Hören im neuen Podcast:

www.kab.de/bewegung/podcast-zeiten-wenden

YouTube KAB bei YouTube



KAB Deutschland



Inhalt und Bedeutung des verfassungsrechtlichen...
229 Aufrufe · vor 8 Jahren
Unbestätigt



'TIP' und CETA mal nachgefragt
1523 Aufrufe · vor 4 Jahren
Unbestätigt



'Wir brauchen eine neue Finanz- und Steuerpolitik'
721 Aufrufe · vor 9 Jahren
Unbestätigt



'Keine Abschottung gegenüber Flüchtlingen'
147 Aufrufe · vor 9 Jahren
Unbestätigt



KAB Bundespräsident Johannes Steinhilber - Weihnachtsgruß
302 Aufrufe · vor 9 Jahren
Unbestätigt



Kettelerpreis 2015
187 Aufrufe · vor 8 Jahren
Unbestätigt



Der Weltklimagipfel 2015 - Professor Friedhelm...
252 Aufrufe · vor 8 Jahren
Unbestätigt



Pflege betrifft uns alle
86 Aufrufe · vor 9 Jahren
Unbestätigt

KAB-Rätselspaß

KREUZWORTRÄTSEL Suchen Sie die Lösungswörter!

Erwerbstätigkeit	heftig dagegenstoßen	Wortteil: Leben	Gebiet	Schrägstütze	Versicherungsanstalt	Erzeugnis	großer Teich	US-Schauspieler (Glenn)	Kinostück	Feiertag	ägyptische Göttin	japanische Währung	
		16		SW-Kandidat für d. Barmer (Ralph)							4		
englisch: Luft			selten, gesucht	10		fossiler Brennstoff	14		Fels, Schiefer	15		achten, anerkennen	
Küstenvogel	25			Vorname der TV-Moderatorin Willi		Hygieneartikel	11		griechische Kunstgöttinnen	8			
Präsent	Getränk aus Obst		afrikanische Völkergruppe				Seerose		Landwirtschaftszweig	russischer Geistlicher	US-Präsident von 1945 bis 1953	Staat im Südwesten Afrikas	
						27		ägypt. Königin († 30 v. Chr.)			2		
in geringer Entfernung			6	falls	Reinewicht				hartnäckig nachfragen	19			
Wertpapier	SW-Kandidat für die DAK (Hannes)		Hauptstadt Österreichs	7		nordischer Meeresvogel	eng verbinden		Riss in Gefäßen			26	
					Konzert-halle	Priester-köpfchen				20	Stadt im Ruhrgebiet	Heran-transport	
gut für den Körper		portugiesisch: Sankt	deutscher Dichter († 1801)					17	enorme Menge		biblischer Götze		
	9				Wintersport-gerät	13		die Gottesmutter Maria	24				
Trägersilbe			Klavierstil, Vorläufer des Jazz	Kurzform von Christina	anerkenndes Urteil	Bruder von Jakob	12				deutscher Bankier († 1994)	christliche Gruppe für Selbstverwaltung	Tennis-satz
							an welcher Stelle	Internet-kürzel für Italien		Stadt im Münsterland			21
Heiligenschein		im Jahre				Laubbaum						5	
größte Stadt des Baltikums					englische Autorin (Emily, † 1848)						18	pliffig, clever	1

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Sudoku

		9		5		1																						
	1		9		7																							4
		8		6																								2
	8			3		2																						
	6				8		5																					
			1		2																							7
			8																									
3				1		9																						2
		1	4																									7

Rätseln und gewinnen!

Schicken Sie die Lösungswörter (bis 31. Juli 2023) mit Ihrer Adresse an die:

Redaktion IMPULS
 Bernhard-Letterhaus-Straße 26
 50670 Köln
 oder
 redaktion-impuls@kab.de



Jetzt mit dem Gewinnspiel die Grillsaison eröffnen. Drei Grillschürzen zu gewinnen.

Jetzt wählen!
11. April - 31. Mai 2023



Mensch. Würde.
Selbstbestimmung.
Sozialwahl 2023



Das Gemeinwohl im Blick, die Menschen im Sinn.

Wir übernehmen Verantwortung, damit Sie eigenverantwortlich und selbstbestimmt leben können. Ihre starke Stimme in der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung sowie in den Berufsgenossenschaften.



Mehr über den QR-Code
oder unter:
www.aca-bund.de




Kolping

